

# AUFTRAG

ISSN 1866-0843

02.2020 | Heft 306

Verbandszeitschrift  
der Gemeinschaft  
Katholischer Soldaten  
(GKS)

## **Interview:**

*„Die Zukunft der Welt wird  
sich auf dem afrikanischen  
Kontinent entscheiden“*

---

Achille Mbembe  
S. 14

## Frieden & Gerechtigkeit



### **Politik in Afrika**

*„Ich hätte mir mehr  
gewünscht“*

---

Günter Nooke,  
Afrikabeauftragter der Bundeskanzlerin

S. 16

### **Gerechter Krieg: Das geltende Recht auf der UNO-Ebene**

---

Prof. Eberhard Schockenhoff,  
Professor für Moraltheologie

S. 36

# SAVE THE DATE



## HANDELN braucht Ordnung? Soldat in einer neuen Welt!

GKS-Akademie Oberst Helmut Korn

Datum: 07.11.2021 | 12:30 Uhr bis 10.11.2021 | 12:00 Uhr

Ort: Diözesan-Exerzitenhaus Sankt Paulus in Leitershofen

Themen:

**FRIEDENSETHIK –**

**Handeln für den Frieden, aber wie, wann und warum?**

**KATHOLISCHE SOZIALLEHRE –**

**Hilfreicher Ordnungsrahmen auch in einer säkularen Welt?**

**INNERE FÜHRUNG –**

**Ihr Menschenbild als Handlungs- und Entscheidungsgrundlage**

**STAATSBÜRGER IN UNIFORM –**

**Soldat in Staat und Gesellschaft**

**ANMELDUNG und weitere Einzelheiten:**

**Ab April 2021 unter**

**[www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de](http://www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de)**

# DATE

## Editorial



© Juliana Haberlag

**Juliana Haberlag  
Hauptfeldwebel**

**Stellvertretende Bundesvorsitzende**

**„ABER FRAU HAUPTFELDWEBEL, DAS IST DOCH NICHT GERECHT!“**

Zugegeben, etwas resigniert höre ich mir die Klage eines Soldaten an. Es ist nicht das erste Mal in den vergangenen Wochen, dass ich ein solches Gespräch führe. Die aktuelle Corona-Lage stellt uns Vorgesetzte vor neue Herausforderungen: Homeoffice, Telearbeit, dezimierter Präsenzdienst und das am besten noch gerecht verteilt und im Sinne der Auftragserfüllung. Wenn ich darüber nachdenke, begegnet mir das Wort „ungerecht“ bzw. das Synonym „unfair“ momentan häufiger als bisher.

Was bedeutet „Gerechtigkeit“?  
Stelle ich diese Frage dem World Wide Web, erhalte ich unterschiedliche Definitionen:

*„Gerechtigkeit ist der feste und dauernde Wille, jedem sein Recht zuzuteilen. Gerechtigkeit regelt die Beziehungen von Menschen zu anderen Menschen, sie betrifft also Interaktionen, und sie enthält immer ein Moment von Gleichheit.“*

(Gabler Wirtschaftslexikon)

So weit, so schlüssig! Doch spätestens beim Wort „Gleichheit“ wird deutlich, dass das nicht einfach ist, denn was und wen kann man schon miteinander vergleichen? Aufgrund unterschiedlicher Ausbildungsstände nicht einmal die Soldaten innerhalb eines Zuges. Vermutlich muss man sich in diesem Fall darauf berufen, dass als Soldat und Vorgesetzter gerechtes Handeln anzustreben ist, dies jedoch durch den Auftrag und Vorgaben nicht immer umsetzbar ist.

Zurück zu der eingangs geschilderten Situation: Ich hadere mit mir, ob er die klassische Soldatenantwort „ISSO“ bekommt, entscheide mich aber dazu, ihm zu erklären, dass er zurzeit aufgrund seiner Qualifikationen

wichtiger Bestandteil des Präsenzdienstes ist. Wie sieht es außerhalb des „Soldatenberufes“ aus? Sind wir wirklich immer bemüht, im Umgang mit unseren Mitmenschen alle gleich und gerecht zu behandeln?

Machen wir uns nichts vor! Wahrscheinlich nicht immer. Oder warum ist es kein Problem, mit der besten Freundin zwei Stunden lang zu telefonieren, doch wenn die Schwiegermutter anruft, ist man stets auf dem Sprung? Warum grüßt man den einen Nachbarn freudig, während der andere nur ein „hallo“ bekommt, wenn man ihm nicht ausweichen kann? So sehr wir uns bemühen, gerade als Christen, Nächstenliebe nicht nur zu predigen, sondern auch ganz direkt bei uns und für uns umzusetzen, wir werden immer wieder an unsere Grenzen kommen. Aber diese Erkenntnis ist kein Grund, das Handtuch zu werfen. Sie muss uns ein Ansporn sein, uns immer wieder neu zu hinterfragen und an uns zu arbeiten. Frieden und Gerechtigkeit hängen unmittelbar zusammen. Dauerhafter Frieden setzt voraus, dass es gerecht zugeht oder zumindest alle um Gerechtigkeit bemüht sind, und das fängt bei uns selbst an.

In diesem Heft geht es um den Frieden und um das damit verbundene Thema Gerechtigkeit. Das Thema ermöglicht uns, einen Blick auf Afrika zu werfen, auf diesen riesigen Kontinent allein, der so oft die Konsequenzen unseres Handelns alleine tragen muss. Ich wünsche Ihnen spannende Einblicke, Gedanken, die es wert sind, weitergedacht zu werden, und den Mut, sich dem Thema „Gerechtigkeit“ von Neuem zu nähern.

Mit kameradschaftlichen Grüßen,

Juliana Haberlag

# 02 | 2020

GROUND ZERO/  
NEW YORK CITY

THEMA:

**Gerechter Krieg:  
Das geltende Recht auf  
der UNO-Ebene**

## 36

### GKS-Meldungen

- 6 Corona und das Verbandsleben
- 8 Aufruf zur Beteiligung an der AG Zukunft
- 10 Plan B: Das Jahr, in dem alles anders kam als geplant

### Titelthemen

- 16 Politik auf dem schwarzen Kontinent  
Fortsetzung des Kolonialismus mit anderen Mitteln?
- 19 „Ich hätte mir mehr gewünscht“  
Gastbeitrag Günter Nooke
- 26 „Die Zukunft der Welt wird  
sich auf dem afrikanischen  
Kontinent entscheiden“  
Interview Achille Mbembe
- 29 Die Causa Achille Mbembe
- 30 75 Jahre Kriegsende
- 36 Gerechter Krieg: Das geltende Recht auf der UNO-Ebene
- 42 Trilogie: Das Wort Frieden im Islam

### Weitere Rubriken

- 3 Editorial
- 11 Kommentar
- 12 Panorama
- 14 Wort des Geistlichen Beirats
- 34 GKS-Standpunkt
- 41 Karikatur
- 46 Medien/Buchempfehlung
- 49 Menschen der GKS
- 51 Vorschau/Impressum

**Gastbeitrag  
Günter Nooke**

zum Thema Partnerschaft zwischen  
Europa und Afrika

„Ich hätte mir mehr  
gewünscht“

## 19



**EU-Politik in Afrika**

Interview zum Thema  
mit Achille Mbembe

## 26



## Vom Zwang, ausgetretene Pfade zu verlassen

Autor: Sebastian Kaup (GKS-Kreis Hamburg)

**Mitte März wurde uns allen der Stecker gezogen. Unser Leben und Alltag, wie wir ihn bisher kannten, war auf einmal nicht mehr da. Unsere Arbeit sollten wir aus dem Homeoffice erledigen, einkaufen gehen war nur in Supermärkten möglich. Und was war mit unseren Hobbies? Bis auf Spazierengehen und Kochen war alles unmöglich geworden. Ebenso das kirchliche Leben. Gottesdienste und das Gemeindeleben waren ad hoc zum Stillstand gekommen. Unsere Aktivitäten, die wir in der GKS geplant hatten, musste zum Gesundheitsschutz aller Beteiligten abgesagt werden. Wie hat der GKS-Kreis Hamburg die Zeit des „Lockdowns“ erlebt?**

Die Zeit des „Lockdowns“ hat sich für uns in drei Phasen untergliedert. Die erste Phase erlebten wir in einer Art Schockstarre. Niemand wusste so recht, wie wir als Gemeinschaft mit dieser Situation umgehen sollten. Wir haben durch den Rückzug festgestellt, wie wichtig uns das gemeinschaftliche Leben ist. Eine Woche vor Ostern haben wir angefangen, erste Online-Gemeindeabende gemeinsam mit der Katholischen Hochschulgemeinde (KHG) der Helmut-Schmidt-Universität (HSU) zu planen. Dazu versammelten sich die Mitglieder zu einer Videokonferenz vor ihren heimischen Laptops. Der Militärdekan der HSU, Pater Dr. Peter Henrich, hielt gemeinsam mit seiner Gemeinde einen Wortgottesdienst inklusive Live-Orgelmusik. Das war die zweite Phase. Endlich war es möglich, andere Menschen außerhalb seines Hausstandes zu sehen und vor allem zu sprechen, denn nach dem Wortgottesdienst sollte der Gemeindeabend Nähe schaffen.

### Moderne Zeiten erfordern moderne Lösungen

Dieses Angebot fand große Zustimmung. Zwischen 20 und 35 Personen trafen sich auf der Videoplattform „Microsoft Teams“ zu den Gemeindeabenden. Moderne

Zeiten erfordern moderne Lösungen! Vom Präsidenten der Helmut-Schmidt-Universität, Prof. Dr. Klaus Beckmann, den stellvertretenden Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Dr. Ansgar Rieks, oder den Benediktiner, Pater Nikodemus Schnabel aus Jerusalem, dem Hamburger Erzbischof, Dr. Stefan Hesse, bis hin zu Dr. Peter Tauber konnten wir dafür gewinnen, den Mitgliedern der Hochschulgemeinde und der GKS Hamburg Rede und Antwort zu stehen. So entstanden spannende Diskurse und Fragefelder, die in einer postpandemischen Zeit auch durchaus auf der Tagesordnung stehen sollten. Als Beispiele seien die Frage nach einer neuen Führungskultur in den Streitkräften oder die Drohnendebatte benannt.

### Die digitale Revolution als Chance für das Evangelium?

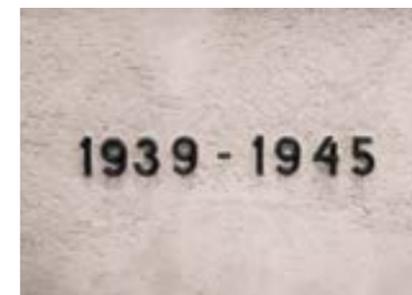
Nach den Lockerungen der Corona-Regeln durch Bund und Länder starteten wir in die dritte Phase. Entsprechend den KMBA- und GKS-Vorgaben, Veranstaltungen auf längere Zeit auszusetzen, trafen wir uns weiterhin erst einmal digital. Quizabende oder eine Partie „Werwolf“ sind für die Mitglieder geplant, ebenso eine Bier-Verkostung. Gleichzeitig geht die Planung von realen Veranstaltungen wieder los. Die gesamte GKS Hamburg freut sich jetzt schon darauf, gemeinsam zu beten, zu diskutieren und sich wieder „Face to Face“ auszutauschen. Wir wollen optimistisch in die Zukunft blicken und uns auf das freuen, was kommt. Denn auch in einer Postcoronazeit sollten wir uns an die Worte von Erik Händeler erinnern. Dieser sagte, dass die digitale Revolution zur Chance für das Evangelium wird. Lassen Sie uns gemeinsam diese Chance nutzen! ■

### „59. Tag der Begegnung“ im Kloster Untermarchtal

Die Bundeskonferenz, die wichtigste Zusammenkunft der GKS im ganzen Jahr, die vom 25. bis 28. März 2020 im Kloster Untermarchtal stattfinden sollte, fiel mitten in den Shutdown. Anfang März wurde deshalb die Entscheidung getroffen, dass die „59. Tag der Begegnung“ und damit auch unsere Bundeskonferenz in diesem Jahr ausfallen würden. Um trotzdem die Delegierten mit Informationen zu versorgen, Ideen und Hinweise auszutauschen und Verbandsarbeit transparent zu machen, wurde das Wichtigste in einem Lagebericht zusammengefasst. Dieser ist auf unserer Homepage abrufbar: <https://gemeinschaft-katholischer-soldaten.de/>

### Bundesarbeitsrat digital – vertrautes Neuland

Keine Bundesvorstandssitzung im März, absehbar keine Bundesvorstandssitzung im Juni, aber viele Themen, über die der Bundesvorstand sprechen muss, und Entscheidungen, die zu treffen sind. Um arbeitsfähig zu sein, beschloss der Bundesvorstand, sich bei einer Zoom-Konferenz digital zu treffen. Das, was für viele im Dienstalltag schon Gewohnheit ist, ist für die meisten im Ehrenamtsbereich noch eher Neuland. Diszipliniert wurde berichtet, darüber gesprochen, was jetzt notwendig sei, welche Entscheidungen nun getroffen werden müssten und wie es nach der Sommerpause weitergehen würde. Auch wenn die Absage von Veranstaltungen, die in den Sand gesetzte Arbeit, die Sorge um den Verband und die Frage, wie die Mitglieder erreicht werden könnten, eher schwierige Themen waren, konnte man doch allen die Freude anmerken, sich wieder einmal „live“ zu sehen!



© Shutterstock

### 75 Jahre Kriegsende in Europa – Kein Frieden ohne Versöhnung

Die Verabschiedung der gemeinsamen Erklärung zu 75 Jahre Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa sollte einer der Höhepunkte der „Tage der Begegnung 2020“ werden. Zum ersten Mal wollten die Vollversammlung des Katholikenrats beim Katholischen Militärbischof und die Bundeskonferenz der GKS gemeinsam eine Erklärung abgeben, die von einem gemeinsamen Gremium im Vorfeld erarbeitet worden war. Die Erklärung wurde allen Delegierten elektronisch im Entwurf zur Verfügung gestellt, sodass sie sich mit Hinweisen, Änderungsvorschlägen und Ergänzungen einbringen konnten. Nach der Auswertung der Einsendungen wurde der so entstandene Text von den Vorständen verabschiedet und zeitgerecht zum 8. Mai 2020 als gemeinsame Erklärung veröffentlicht. Sowohl die Erklärung als auch der einordnende Text von unserem Mitglied Oberst a. D. Prof. Dr. Winfried Heinemann, der auch in Untermarchtal als Referent die Diskussion zur Erklärung inhaltlich eingeleitet hätte, kann auf Seite 30 dieser Ausgabe des AUFTRAG nachgelesen werden.

### GKS-Akademie Oberst Helmut Korn – Wie eine Akademie von 2020 nach 2021 wandert

Unter dem Leitthema „Handeln braucht Ordnung? – Soldat in neuer Welt!“ sollten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der GKS-Akademie „Oberst Helmut Korn“ sich Mitte September dreieinhalb Tage intensiv mit den Ordnungsrahmen, welche die Katholische Soziallehre, die christliche Friedensethik, die Innere Führung und die Politik für den Bereich Bundeswehr und militärische Einsätze geben, auseinandersetzen. Die Vorbereitungen verliefen zeitgerecht, doch dann kam die Covid 19-Pandemie und mit ihr der Shutdown. Obwohl in den letzten Wochen überall Lockerungen durchgeführt wurden, ist eine zuverlässige Veranstaltungsplanung für den September 2020 immer noch nicht möglich. Die Akademie als Leuchtturmveranstaltung der GKS lebt vom Dreiklang „Bildung – Besinnung – Begegnung“, dessen Verwirklichung unter Corona-Abstands- und -hygieneregeln nur schwer vorstellbar ist. Hinzu kommt die Unsicherheit, die dadurch entsteht, dass eine Reihe von dienstlichen Maßnahmen, die durch die Pandemie in den vergangenen Monaten ausgefallen sind, im zweiten Halbjahr nachgeholt werden soll, wenn dies möglich ist. Eine Kollision des Akademiezeitraums mit dienstlichen Verpflichtungen war und ist demzufolge nicht von der Hand zu weisen. Aufgrund all dieser Überlegungen wurde die vonseiten der GKS-Akademie geplanten Aktivitäten ins nächste Jahr verschoben. **Bitte jetzt schon vormerken: 07. bis 10. November 2021, im Diözesan-Exerzitenhaus Sankt Paulus in Leitershofen.**

**Aufruf! zur Beteiligung an der Arbeit der AG Zukunft**

# Auch der längste Marsch beginnt mit dem ersten Schritt

Autor: Andreas Quirin, Bundesvorsitzender der GKS

An vielen Stellen hat sich unsere Gemeinschaft in den vergangenen Jahren verändert und weiterentwickelt. Die Nutzung des Mediums Facebook, die Neugestaltung unserer Verbandszeitschrift AUFTRAG oder auch die Einführung des neuen Corporate Designs sind Beispiele dafür. Ziel ist es dabei stets gewesen, Tradition und Moderne miteinander zu verbinden und Neues einzuführen, ohne Bewährtes über Bord zu werfen.

Auch wenn bereits einige Dinge angeschoben wurden, ist die Weiterentwicklung der GKS eine ständige Aufgabe, der sich der Bundesvorstand, aber auch die Gemeinschaft als Gesamtheit stellen muss. Der Bundesvorstand hat deshalb beschlossen, eine Arbeitsgemeinschaft einzurichten, die sich mit der Zukunft unserer Gemeinschaft beschäftigt.

## Kreativität und Erfahrung sind gefragt!

Um möglichst keine Denkrichtung vorzugeben oder von Anfang an auszuschließen, hat sich der Bundesvorstand dafür ausgesprochen, der AG keine konkreten Vorgaben zu machen, mit welchen Themenbereichen sie sich beschäftigen soll. Vielmehr sind die Kreativität und die Erfahrung der Mitglieder der AG Zukunft gefordert, um die Dinge, die aus Sicht der AG mit Blick auf die zukünftige Ausrichtung unserer Gemeinschaft angepasst oder neu justiert werden sollten, zu ermitteln und Vorschläge dazu zu erarbeiten.

## Vertreter aller Ebenen gesucht!

Die AG Zukunft soll sich aus Vertretern aller Ebenen des Verbandes zusammensetzen, um somit sowohl Wissen und Erfahrung als auch jugendliche Spontaneität in die Arbeit der AG zu integrieren. Um eine möglichst breite Beteiligung in unserer Gemeinschaft zu erreichen, gilt es jetzt, jedem Mitglied die Chance zu geben, sich hinsichtlich seiner Erwartungen an die Arbeit der AG Zukunft zu äußern.

**Sie sind daher aufgefordert, sich mit Gedanken, aber auch konkreten Ideen und Vorschlägen, denen sich die AG aus Ihrer Sicht widmen sollte, an den Bundesvorstand zu wenden. Dort werden diese Punkte gesammelt und an die AG, die sich aufgrund der Corona-Pandemie noch nicht konstituieren konnte, weitergegeben. Zögern Sie nicht, diese Chance, an der Weiterentwicklung unserer Gemeinschaft teilzuhaben, wahrzunehmen. Auch wenn Sie an der konkreten Mitarbeit in der AG Zukunft interessiert sein sollten, lassen Sie es uns wissen.**

Engagierte Mitstreiter, die sich bei der Zukunftsentwicklung der GKS einbringen wollen, sind gern gesehen! ■



© GKS, Magr. Joachim Simon

## Die GKS gratuliert herzlich zum Silbernen Priesterjubiläum

Am 25. Juni 1995 wurde Militärdekan Bernd E. Schaller im Hohen Dom zu Augsburg zum Priester geweiht. Nach verschiedenen Stationen in der Diözese Augsburg kam er 2008 zur Katholischen Militärseelsorge. Im Jahr 2012 beauftragte ihn der Katholische Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr, Dr. Franz Josef Overbeck, neben seiner Aufgabe als Militärpfarrer Berlin I zum

Geistlichen Beirat der Gemeinschaft Katholischer Soldaten auf Bundesebene. Seitdem begleitet er als Mitglied des Bundesvorstands unsere Gemeinschaft. Als Geistlicher Begleiter ist es ihm ein großes Anliegen, den Grund unseres Engagements aus dem Glauben heraus immer wieder erlebbar zu machen und weiter zu festigen. Mit einem Gottesdienst in der Kapelle des Katholischen Militärbischofsamtes und einem kleinen Empfang im Hof feierte der Jubilar seinen Weihetag. Für die GKS überbrachte der Bundesvorsitzende der GKS, Stabshauptmann Andreas Quirin, die herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Das Geschenk der GKS wird unserem Geistlichen Beirat bei einer der nächsten GKS-Veranstaltungen überreicht.

## Neu an Bord

### Willkommen, GKS Kreis-Saarland

**Während der Konferenz des GKS-Bereiches West wurde der GKS-Kreis Saarland gegründet und somit der Bereich West um ein weiteres Bundesland mit GKS-Vertretung erweitert.**

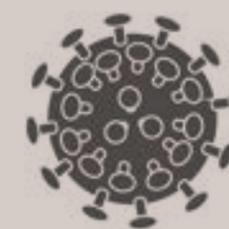
Der Bereich West ist seit Ende des letzten Jahres um eine Vertretung größer. Zum Auftakt hat der neue GKS-Kreis Saarland eine Informationsveranstaltung in Merzig mit Gästen aus der Luftlandebrigade 1 des Saarlandes organisiert. Vorsitzender des Kreises ist Hauptmann Christoph König. Sein Stellvertreter, Oberstleutnant Frank Nowak, erzählte den Gästen auf der Veranstaltung, wie die GKS gegründet wurde, stellte ihnen die heutige Gliederung der GKS vor, nannte wesentliche Arbeitsschwerpunkte und berichtete vom aktuellen Hilfsprojekt des Bereichs West: die Unterstützung eines Fördervereins für krebskranke Kinder in Köln.

Nach seinem Vortrag wünschte der zuständige geistige Beirat des neuen Kreises, Herr Standortpfarrer Marius Merkelbach, dem Kreis viel Erfolg und sagte den Mitgliedern seine Unterstützung zu. Die kommunikative Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Bereichen sei besonders wichtig und er blicke dem freudig entgegen.

Die Erstveranstaltung ist ein Erfolg gewesen. Es wurden nicht nur Mitglieder, sondern auch relevante Ansprechpartner und Multiplikatoren für die einzelnen Standorte des Saarlandes gewonnen.

**Die Redaktion des AUFTRAG wünscht dem neuen Standort gutes Gelingen!**

# Corona



## Studie: Gesichtsmasken führen zu Mimik-Fehldeutungen

Die Emotionen von Gesichtsmasken-Trägern werden von anderen Menschen teils falsch gedeutet. Das ist das Ergebnis einer Studie des Wahrnehmungspsychologen Christian Carbon von der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Carbon testete laut Uni-Mitteilung vom Donnerstag systematisch, wie die in der Corona-Krise verbreiteten Gesichtsmasken die Lesbarkeit von Emotionen beeinflussen. An der Studie nahmen demnach 41 Menschen zwischen 18 und 87 Jahren teil. Sie hätten die emotionalen Ausdrücke von zwölf verschiedenen Gesichtern bewertet. Dabei sei es zu charakteristischen Fehlinterpretationen einzelner Emotionen gekommen. Beispielsweise hätten Teilnehmer einen deutlich angewiderten Gesichtsausdruck mit Maske als wütend eingeschätzt, erklärte Carbon. Emotionen wie Glück, Trauer und Wut hätten sie hingegen als neutral bewertet. Der emotionale Zustand wurde also gar nicht mehr wahrgenommen, so der Professor. Er ergänzte, der Eindruck, dass die soziale Interaktion durch das Tragen einer Maske beeinträchtigt werde, stellt ein großes Hemmnis für das konsequente Tragen der Masken dar. Carbon empfahl, in Maskenzeiten vermehrt Körpersprache, Gesten und mündliche Kommunikation einzusetzen, um weiterhin sozial interagieren zu können. In der Studie wurde laut Mitteilung jedes Gesicht zufällig mit sechs verschiedenen Ausdrücken dargestellt: wütend, angewidert, ängstlich, glücklich, neutral und traurig. Insgesamt habe jede teilnehmende Person 144 Gesichtsstimuli erhalten. ■

## Plan B: Das Jahr, in dem alles anders kam als geplant

Autor: Andreas Quirin, Bundesvorsitzender GKS

Als wir gemeinsam mit dem Vorstand des Katholikenrats im Februar dieses Jahres entschieden haben, die Tage der Begegnung aufgrund der aufziehenden Corona-Pandemie abzusagen, konnten wir nicht davon ausgehen, dass dies der Auftakt einer Reihe von Absagen sein würde. So sah sich der Bundesvorstand gezwungen, in zwei Entscheidungsrounden festzulegen, dass alle geplanten Veranstaltungen unserer Gemeinschaft bis zum 31. August 2020 abzusagen sind. Diese Entscheidung war schwierig, weil dem Bundesvorstand bewusst wurde, dass knapp sechs Monate die Aktivitäten und damit das Leben in der GKS weitestgehend zum Erliegen kommen wird. Es galt jedoch, Schaden von der Gemeinschaft und insbesondere von unseren Mitgliedern abzuwenden, weshalb uns keine andere Entscheidungsmöglichkeit blieb. Bei diesen Entscheidungen hatten wir auch gehofft, dass es nach dem 31. August 2020 besser aussehen und die Durchführung von Intensivveranstaltungen wieder möglich sein könnte.

In der Zwischenzeit werden die Auflagen in vielen Bereichen gelockert. Die limitierende Abstandsregel wird aber bis auf Weiteres gelten und somit werden viele Veranstaltungen zwar theoretisch möglich sein, in der Praxis jedoch an dieser Auflage scheitern. So sind mit einer Abstandsregel Themenwochenenden, wie wir sie bisher durchgeführt haben, nicht möglich, ohne die Durchführenden immer wieder an Punkte zu bringen, welche die Gefahr beinhalten, dass gegen Corona-Auflagen verstoßen wird. Kinderbetreuung, gemeinsam gestaltete Abende oder auch der Gottesdienst – diese wichtigen und den Charakter unserer Themenwochenenden prägenden Bestandteile werden entweder zu einem Kraftakt oder können erst gar nicht angeboten werden. Auch die Kapazitäten, die uns durch die Tagungshäuser derzeit aufgrund der Abstandsregel angeboten werden, reichen nicht im Geringsten dazu aus, ein Themenwochenende mit mehr als 30 Teilnehmenden durchführen zu können.

In Kenntnis dieser Rahmenbedingungen galt es für uns, eine Entscheidung zu treffen, wie wir als Gemeinschaft mit unseren Veranstaltungen nach dem 31. August 2020 umgehen können und wollen. Eine Entscheidung darüber war jetzt zu treffen, auch wenn sich die Situation im Moment immer wieder ändert und Vorgaben angepasst werden. Unsere Kreis- und Bereichsvorsitzenden brauchen Planungssicherheit, um die Veranstaltungen gut vorbereiten und durchführen zu können.

Wir haben uns daher für folgende Festlegungen entschieden, die vorerst bis zum 31. Oktober 2020 gelten:

### Themenwochenenden

Alle geplanten Themenwochenenden bis zum 31. Oktober 2020 sind abzusagen. Eine Entscheidung, wie mit Themenwochenenden ab dem 01. November 2020 umzugehen ist, erfolgt zeitgerecht.

### Abendveranstaltungen

Abendveranstaltungen auf Ebene der Kreise können unter Einhaltung der regional gültigen Auflagen ab dem 01. September 2020 wieder durchgeführt werden. Inhaltliche und organisatorische Unterstützung kann bei Bedarf sowohl durch die Bereichs- als auch die Bundesebene geleistet werden. Zur Durchführung erforderliche Haushaltsmittel sind frühzeitig über die Bereiche bei der Schatzmeisterin zu beantragen.

### Konferenzen und Sitzungen

Konferenzen und Sitzungen auf den unterschiedlichen Ebenen können unter Einhaltung der regional gültigen Auflagen ab dem 01. September 2020 wieder durchgeführt werden. Sie sind grundsätzlich maximal als Tagesveranstaltung auszuplanen, ohne Übernachtung bzw. Begegnungsanteile (z. B. „gemütlicher“ Teil) und ausschließlich in Deutschland vorzusehen. Um die wichtige und wertvolle Arbeit auf den unterschiedlichen Ebenen unserer Gemeinschaft jedoch nicht ganz zum Erliegen zu bringen, gilt es, kreativ neue Ideen zu entwickeln, wie wir unsere Gemeinschaft und unsere Ziele auch unter diesen besonderen Gegebenheiten voranbringen können. Neben bereits bewährten Veranstaltungsformen wie dem Themenabend gilt es auch, bisher noch unbekannte Formate ins Auge zu fassen. So können aus unserer Sicht die bereits in vielen Bereichen erfolgreich umgesetzten Online-Formate auch für die GKS eine gute Möglichkeit sein, inhaltliche und organisatorische Angebote für unsere Mitglieder zu gestalten. Der Bundesvorstand hat erste Ideen für solche Online-Formate entwickelt und Referent/innen gefunden, die sich auf dieses neue Format einlassen. Dabei wollen wir zum einen Webinare anbieten, in denen es um die Vermittlung praktischen Wissens (Texte schreiben, Umgang mit sozialen Medien, Informationen für Funktionsträger) geht, aber auch die Möglichkeit der intensiven Beschäftigung mit inhaltlichen Themen aus Sicherheitspolitik, Friedensethik, Innere Führung sowie der Kirche allgemein anbieten. Damit hoffen wir, unsere Mitglieder, aber auch Interessierte außerhalb der GKS zu erreichen. Sollte es weitere Ideen und Vorschläge für Webinare oder Themenabende geben, sind wir für jegliche Anregung dankbar. Details hinsichtlich der Anmeldung werden wir zeitgerecht über unsere Homepage bekannt geben.

Die ersten Internetangebote wird es im August geben und wir werden zumindest bis zum Ende des Jahres immer wieder Veranstaltungen dieser Art anbieten. Bereits in Planung sind neben den Veranstaltungen, die der Schulung und Weiterbildung dienen, Internet-Themenabende zur atomaren Bewaffnung, zu Social Media, zu bewaffneten Drohnen und zum Synodalen Prozess. Sobald wir Genaueres wissen, werden wir dies auf unserer Homepage veröffentlichen. ■

## Gerechtigkeit schafft Frieden

Die zum Credo stilisierte Einsicht, dass „Gerechtigkeit Frieden schafft“, zählt zu den Grundüberzeugungen der Katholiken weltweit. Zugleich markiert dieses Credo einen zentralen und unwidersprochenen Baustein der Friedenslehre und Verkündigung der Päpste und des kirchlichen Lehramtes. Die Einsicht, dass Gerechtigkeit als ein wesentliches Werk zu einem Gelingenden eines irdischen Friedens zählt, geht auf die Dokumente des II. Vatikanischen Konzils und in Folge ihre weiteren lehramtlichen Vertiefungen zurück. Der Friede, so heißt es im II. Vatikanischen Konzil und in den Verweisen auf biblische Quellen ist mehr als die Abwesenheit von Krieg oder das „Gleichgewicht entgegengesetzter Kräfte“ (Gaudium et spes 77). Friede wird als „Werk der Gerechtigkeit“ (Jesaja 32,17) und „Frucht der Liebe“ (Eph 2,14) verstanden. Es gilt, einen theologisch inspirierten Friedensbegriff mit dem eines politisch begründeten kompatibel zu machen. Neudeutsch wird dies als „anschlussfähig zu machen“ ausgedrückt, eine Aufgabe, die unter den sich laufend verändernden außen- und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen ihre Gültig- und Notwendigkeit besitzt.

Die Kirche in Deutschland dokumentierte in zwei Hirtenworten ihre jeweilige Sicht auf den Frieden in der Welt, zwischen den Staaten und Völkern und mit einem besonderen Blick auf den Dienst des Soldaten. Am 18. April 1983 veröffentlichten die deutschen Bischöfe ein Hirtenwort mit gleichlautender Überschrift: „Gerechtigkeit schafft Frieden“. Die von Helmut Kohl (CDU) zu diesem Zeitpunkt geführte Bundesregierung bezog unmittelbar nach dem Erscheinen Stellung: „Das Hirtenwort nimmt von hoher theologischer und ethisch-moralischer Warte Stellung zum zentralen Problem unserer Zeit, der Wahrung und der Sicherung des Friedens in Freiheit“, so der Beginn der Stellungnahme der Bundesregierung. Es wird vermutet, dass diese Einordnung des Hirtenwortes u. a. auf den 1991 verstorbenen Schweizer Priester und Bonner Professor für Moralthologie Franz Böckle zurückgeht, der vor allem während der großen friedensethischen Debatte seit dem NATO-Doppelbeschluss von 1979 maßgeblicher Berater des Bundeskanzlers war. „Von hoher theologischer und ethisch-moralischer Warte“ – wer den Politjargon kennt, der weiß, was hinter einer solchen Formulierung steckt; böseartig könnte man sie so übersetzen: „Vergiss das, es ist nichts Praktisches“.

Am 27. September 2000 wurde unter der Leitidee vom „Gerechten Frieden“ wegen grundlegender und folgenreicher Veränderungen der außen- und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen das Hirtenwort von 1983 fortgeschrieben, es ist seit 20 Jahren das grundlegende Dokument der deutschen Bischöfe mit Blick auf ihre friedensethische Gesamtschau und die Einordnung des Dienstes der Soldaten in dieser Perspektive. Die Evangelischen Kirchen (EKD) schlossen sich der Idee vom katholisch vorformulierten „gerechten

Frieden“ weitgehend an. Mir scheint, dass die Bereitschaft der Politik, sich auf eine konstruktive Auseinandersetzung mit der Deutung der Perspektive der Kirche zur Frage eines „Gerechten Friedens“ nachgelassen hat. Anlässlich einer internationalen Abrüstungskonferenz im Vatikan „für eine atomwaffenfreie Welt und integrale Abrüstung“ im November 2017 verurteilte Papst Franziskus den Besitz von Atomwaffen sowie das fortdauernde globale Wettrüsten scharf. „Wenn man allein an die Gefahr einer versehentlichen Explosion als Folge irgendeines Fehlers oder Missverständnisses denkt, sind die Drohung mit Atomwaffen wie schon ihr Besitz mit Nachdruck zu verurteilen“, sagte er. „Ihr Besitz“ – das war eine Abkehr der bis dahin gültigen Friedenslehre der Kirche.

Auch dies hatte, so hat es den Anschein, niemanden so richtig „vom Hocker gerissen“. Wer verfolgt und reflektiert schon kirchliche Dokumente, die mit großer Akribie und Sachkompetenz erarbeitet werden, über das kirchliche Milieu hinaus? Der Heilige Vater durfte sich mit seinen Einlassungen zur nuklearen Rüstung der vorbehaltlosen Zustimmung der internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi gewiss sicher sein. Aber um die geht es nicht vorrangig. Der Katholische Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr, Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck, lässt kaum eine Gelegenheit aus, der etablierten Politik in Deutschland das zu spiegeln, was aus Sicht der Kirche gesagt werden muss. Er tat dies sehr frühzeitig mit Blick auf die Beschaffung unbemannter bewaffneter Drohnen, die über ihre Funktion aufzuklären, hinausgehen. Ob es nachhaltige Wirkung zeigt, steht auf einem anderen Blatt.

Antworten auf die nachlassende Wirkung der Kirche(n) auf Politik und Zeitgeschehen gab unlängst der Präsident des Zentralkomitees der Katholiken in Deutschland (ZdK), Prof. Dr. Thomas Sternberg: „Wir sind nicht mehr die großen Player, die automatisch wahrgenommen werden.“ Ob dieses Eingeständnis weiterhelfen wird?

Es bleibt abzuwarten, wie die etablierte Politik auf diese Selbstsicht der organisierten Katholiken reagieren wird. Sicher bin ich mir, dass der Synodale Weg über die binnenkirchliche Selbstvergewisserung des eigenen Versagens im Skandal des sexueller Missbrauchs an Minderjährigen durch katholische Priester, Diakone und männliche Ordensangehörige im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz nicht folgenlos bleiben darf. Wer jedoch auf die Zeit des Vergessens setzen wollte, der versündigt sich erneut und sorgt mit dafür, dass Auffassungen der Kirche über Gerechtigkeit, den Krieg und den Frieden in die Bedeutungslosig- und Beliebigkeit abdriften werden. ■

**Der Autor, Josef König, war bis Mai 2019 Chefredakteur der Zeitschrift des Katholischen Militärbischofs, „Kompass“.**



© Pixabay

## Männer haben in der Krise bei Familienarbeit aufgeholt

Das Netzwerk „Väter“ widerspricht Äußerungen, wonach sich Mütter in der Corona-Krise aufreihen und bei Männern alles wie immer ist. Nur in den ersten Wochen der Pandemie habe gegolten, dass alte Geschlechterrollen wiederbelebt worden seien, sagte Volker Baisch vom Verein „Väter GmbH“ im Deutschlandfunk Kultur. Immer mehr Männer kümmerten sich auch um die Familie.

Neuere Untersuchungen hätten gezeigt, dass sich bei der Arbeitsteilung in Familien einiges zum Positiven verändert habe. „Die Männer holen tatsächlich auf bei der Care-Arbeit“, so Baisch. Es gebe einen „ziemlichen Schub“ beim Thema Partnerschaftlichkeit. Baisch räumte zwar ein, dass sich zunächst vor allem Frauen für Homeschooling und andere Aufgaben zuständig gefühlt hätten – was auch damit zu tun habe, dass Männer zu 95 Prozent und Frauen zu 66 Prozent in Vollzeit arbeiteten. Doch mittlerweile würden Männer verstärkt über Teilzeit nachdenken: „Warum sollten jetzt Väter das alles aufgeben, was sie während der Pandemie tatsächlich auch zu Hause genossen haben?“

Baisch sieht nun die Unternehmen am Zuge. Insbesondere Führungskräfte seien oft noch alten Rollenbildern verhaftet. Doch Männer wünschten sich durchaus andere Arbeitszeitkonzepte, Homeoffice und Flexibilisierungen. „Wir brauchen ganz dringend genau solche Konzepte in den Unternehmen, damit die Angebote konkret auf die Väter auch justiert werden“, sagte Baisch. Paare jedenfalls wünschten sich Befragungen zufolge Gleichberechtigung. Sie seien dann nicht nur zufriedener, sondern sogar glücklicher. ■

Quelle: KNA

## Das WORT des Geistlichen Beirats

Gäbe es ein Ranking bei der Häufigkeit der Nennung von Begriffen in unserer gesellschaftlichen Gegenwart, dann stünden „Frieden“ und „Gerechtigkeit“ wohl derzeit in der Gruppe der Spitzenreiter. Zum üblichen Gebrauch bei den Realitäten von kriegerischen Auseinandersetzungen und Konflikten im Weltgeschehen, den Fragen zum Umgang mit Ressourcen und der Bildung für alle gesellen sich nun zusätzliche Schwerpunkte: Wie oft wurde gerade im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie Gerechtigkeit für die Beschäftigten in den Pflegeberufen bezüglich der Leistungen, die sie für die Gesellschaft erbringen, und der Entlohnung, die sie erhalten, eingefordert? Fragen, ob es zum Beispiel gerecht sei, dass Fußballspiele stattfänden, Museen, Theater oder Konzerthäuser aber nicht geöffnet werden dürften, wurden immer häufiger und zum Teil auch lautstark gestellt. Gerechtigkeit ist auch der zentrale Begriff im Umgang mit Rassismus, ausgelöst vor allem durch Polizeiaktionen in den USA, nicht nur in Statements von Politikern, sondern auch in friedlichen und gewalttätigen Demonstrationen zu diesem Thema. Dass Ungerechtigkeit, das Gegenteil von Gerechtigkeit, den Nährboden bietet, dass Neid, Hass und Gewalt sich Bahn brechen können, die dann Unfrieden zur Folge haben, zeigt deutlich, wie untrennbar miteinander verknüpft Frieden und Gerechtigkeit sind, ja einander gegenseitig bedingen. Die Schlussfolgerung, dass es ohne Gerechtigkeit keinen Frieden gibt, liegt damit auf der Hand. „Gerechtigkeit schafft Frieden“, so lautete das Motto des 73. Deutschen Katholikentags, der 1949 noch unter dem Eindruck eines verheerenden Krieges und seiner Folgen in Bochum stattfand. Im Jahr 1983 veröffentlichte die Deutsche Bischofskonferenz in einer Zeit kontroverser Friedensdebatten ihr gleichnamiges Wort, das bis heute eine wahre Fundgrube zu diesem Begriffspaar darstellt. Biblisches Friedensverständnis, kirchliche Lehre von Krieg und Frieden im Wandel der Geschichte, umfassender Friedensauftrag und Impulse und Empfehlungen zur Friedensarbeit werden hier dargestellt. „Wir bitten zum Schluss alle, die dieses Schreiben lesen, um ihre Mitarbeit in der Sache des Friedens. Wir sind uns bewusst, dass wir keine fertigen Lösungen anbieten können. (...) Zu manchen Einzelfragen konnten wir nicht Stellung nehmen. Aber wir werden uns weiter bemühen, die rechten Wege zu suchen“, so enden die Ausführungen des Hirtenwortes. Dass die Wegsuche weiterging, wird durch die Presseankündigung eines neuen Wortes der Deutschen Bischöfe im Oktober 2000 deutlich: „Der Titel des neuen

Wortes ‚Gerechter Friede‘ will zum Ausdruck bringen, dass es ganz wesentlich darum geht, sich der Friedensfrage nicht erst dann zu stellen, wenn Auseinandersetzungen bereits mit Waffengewalt geführt werden. Es gilt vielmehr, frühzeitig alles zu tun, um Gewaltsituationen erst gar nicht entstehen zu lassen.“ In der Verknüpfung „Gerechter Friede“ wird noch einmal deutlich vor Augen geführt, dass nicht die Abwesenheit von Krieg zum Frieden führt, sondern Gerechtigkeit die Grundlage zur Verhinderung von Konflikten und damit den Garant für den Frieden darstellt. Nach einem Blick in die biblische Botschaft vom Frieden und Elemente(n) innerstaatlicher und internationaler Friedensfähigkeit wendet sich die Bischofskonferenz den Aufgaben der Kirche in diesem Kontext zu. Gegen Ende (Nr. 206) findet sich eine wichtige Passage: „Wir regen an, den am ersten Januar jeden Jahres in der ganzen Kirche begangenen Welttag des Friedens im persönlichen und gemeindlichen Leben stärker zu beachten. (...) Indem die Militärseelsorge und die Gemeinschaft Katholischer Soldaten diesen Tag begehen, unterstreichen sie, worauf der Soldatendienst ausgerichtet ist.“ Einen Hinweis auf die Definition der Gerechtigkeit kann man im Soldatenalltag bei der Begegnung mit Feldjägern erhalten, wenn auch eher unbewusst: Auf dem einzigen Barettabzeichen der Bundeswehr mit einem Spruch ist die lateinische Formel „SUUM CUIQUE“, was übersetzt „Jedem das Seine“ heißt, zu lesen. Der griechische Philosoph Platon weist in seinem Werk „Politeia“ darauf hin, „dass auch jeder das Seine bekommen und dass niemandem das Seine genommen werden soll.“ Die Einhaltung dieser Grundregel führt dann zu der Feststellung des Propheten Jesaja: „Das Werk der Gerechtigkeit wird Friede sein und der Ertrag der Gerechtigkeit sind Ruhe und Sicherheit für immer.“ (Jes 32,17) ■



Militärdekan Bernd F. Schaller  
Geistlicher Beirat  
der GKS auf Bundesebene

Schwerpunktthema  
**AFRIKA**

# Politik auf dem schwarzen Kontinent:

## Die Fortsetzung des Kolonialismus mit anderen Mitteln?

**Nahezu fünf Jahrhunderte** waren die Beziehungen zwischen Afrika und Europa von einer europäischen Dominanz geprägt. Heute bestimmen die Entwicklungszusammenarbeit, Migration und der Handel das Verhältnis zwischen den beiden Kontinenten. Doch es gibt viel Kritik zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika. *Das Schwerpunktthema dieser Ausgabe >>*



# „Ich hätte mir mehr gewünscht“

Eine neue Partnerschaft zwischen Europa und Afrika  
im Fokus der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020

**Autor:** Günter Nooke,  
Persönlicher Afrikabeauftragter der Bundeskanzlerin

Deutschlands Afrikapolitik ist eingebettet in die der EU; die erste Aufgabe der neuen Kommission unter Kommissionspräsidentin von der Leyen war die Formulierung eines Positionspapiers als Grundlage für eine umfassende Strategie mit Afrika. Die Prioritäten Deutschlands sind in das Positionspapier eingegangen, damit Deutschland im Verbund mit der EU und den Mitgliedsstaaten die Ziele seiner Afrikapolitik erreicht. Ich hätte mir mehr gewünscht. Denn gerade an der Afrikapolitik der EU zeigt sich, dass diese Kommission noch lange nicht, wie von ihr behauptet, geopolitisch agiert.

In der sich abzeichnenden geopolitischen Post-Corona-Realität sind eine enge politische Partnerschaft und eine Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika nicht nur für beide Seiten vorteilhaft, sondern schlicht notwendig. Afrika und Europa sind natürliche Partner, verbunden durch ihre gemeinsame Geschichte und die Geografie. Ein wohlhabendes, friedliches und resilientes Afrika ist ein wesentliches Ziel der EU-Außenpolitik.

## Politische und wirtschaftliche Wettbewerber

Obwohl die EU Afrikas führender Partner in den Bereichen Handel und Investitionen, Sicherheit, Energie, Klimaschutz und Entwicklungszusammenarbeit ist, ist die politische Partnerschaft nicht stark genug, um eine prosperierende, friedliche Zukunft der beiden Kontinente zu sichern und sich gegen politische und wirtschaftliche Wettbewerber zu behaupten. Eine Reihe von anderen geopolitischen Spielern, allen voran China



© von Davide Bonaldo/Shutterstock

**Es gibt in Afrika Millionen Menschen ohne Zugang zu sauberem Wasser. Verunreinigtes Wasser verursacht einen Großteil der Erkrankungen. Die Lösung könnte sein, Brunnen zu bauen! Wahrscheinlich dachten so die ersten Entwicklungshelfer und nach ihnen andere Unternehmen sowie staatliche Institutionen. Doch gerade der Brunnenbau ist ein Paradebeispiel für das Scheitern der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.**

aber auch Russland, die Türkei und Indien verstärken seit Längerem ihr Engagement in Afrika auf der Suche nach politischen Partnern für ihre jeweiligen geostrategischen Interessen oder auch nur auf der Suche nach Rohstoffen und Ackerflächen zum Wohle der eigenen Wirtschaft.

**„Europa braucht eine neue, umfassende Afrikastrategie mit dem Ziel, eine starke politische und wirtschaftliche Partnerschaft mit Afrika aufzubauen, die den Interessen und Bestrebungen beider Kontinente gerecht wird“**

Die Grundlage hierfür bilden die Erfahrungen aus der politischen Partnerschaft, die seit dem EU-Afrika-Gipfel in Lissabon 2007 als „Joint Africa EU Strategy“ (JAES) existiert, die Agenda 2063, ein strategisches Konzept der AU zur sozioökonomischen Transformation des afrikanischen Kontinents und das Positionspapier der EU-Kommission.

Neben der politischen Partnerschaft zwischen den beiden Kontinenten im Rahmen der JAES und regelmäßiger Gipfel auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs steht eine aktuell fragmentierte Entwicklungszusammenarbeit: Mit den nordafrikanischen Staaten hat die EU im Rahmen ihrer Nachbarschaftspolitik Assoziierungsabkommen, die beispielsweise die Handelsbeziehungen und die Zusammenarbeit für Bildung und Demokratie regeln. Mit den afrikanischen Staaten südlich der Sahara, den Staaten der Karibik und des Pazifischen Ozeans hat die EU ein

gemeinsames AKP-Abkommen, das Armutsbekämpfung zum Ziel hat und sich vor allem auf die Entwicklungszusammenarbeit konzentriert und die gesamte Entwicklungsfinanzierung regelt. Das AKP-Abkommen ist ein Erbe der kolonialen Vergangenheit Europas und entspricht, gerade bezüglich der regionalen Begrenzung in Afrika, nicht mehr der Realität des 21. Jahrhunderts. Die Handelsbeziehungen mit den Ländern Subsahara-Afrikas werden separat und uneinheitlich geregelt, was die regionale Integration und die wirtschaftliche Entwicklung Afrikas hemmt.

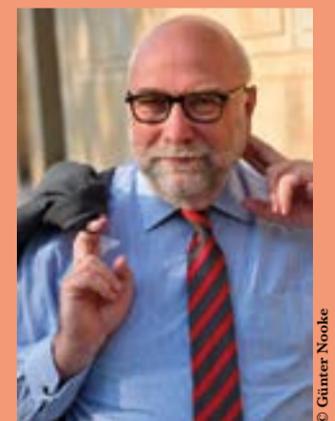
### **2020 ist entscheidend für die EU-Afrika-Beziehungen**

Im Jahr 2020 läuft das aktuelle AKP-Abkommen aus; Brüssel führt zurzeit Verhandlungen für ein Folgeabkommen. Ende Oktober soll der nächste Gipfel der JAES auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs in Brüssel stattfinden. Und ab 01. Juli 2020 bis zum Ende des Jahres hat Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft inne. In dieser Zeit muss auch über den neuen Haushalt für die nächsten sieben Jahre von 2021 bis 2027 entschieden werden. Davon werden auch die Höhe der Mittel für Afrika, und die Antwort auf die Frage, wofür sie ausgegeben werden können und sollen, abhängen.

### **Ein umfassendes Kontinent-zu-Kontinent-Abkommen**

Afrika und Europa stehen vor gemeinsamen Herausforderungen wie Klimawandel, digitaler Wandel sowie mehrere Krisenherde in Afrika und wachsende Ungleichheit, zu denen nun noch die Corona-Pandemie und die verheerenden sozioökonomischen Auswirkungen derjenigen Maßnahmen hinzukommen, die zur Bekämpfung der Corona-Krise in Europa und Afrika ergriffen wurden. Um gemeinsam diese Herausforderungen anzugehen, sollten Afrika und Europa den Gipfel als Startschuss für ein neues umfassendes Kontinent-zu-Kontinent-Abkommen nutzen. Dieses Abkommen >>

### **Der Autor**



© Günter Nooke

Günter Nooke ist seit 2010 Persönlicher Afrikbeauftragter der Bundeskanzlerin und zusätzlich seit 2014 Afrikbeauftragter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Von 2006 bis März 2010 war er Beauftragter für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe der Bundesregierung.

Schwerpunktthema  
**AFRIKA**

Die EU ist der größte Handelspartner Afrikas und stellt die größten Summen bei ausländischen Investitionen und bei der Entwicklungshilfe. In den vergangenen Jahren gelang es beiden Seiten nicht, Wege zu finden, um die Zahl afrikanischer Migranten zu reduzieren, die sich auf den Weg nach Europa machen.



© Marc-st-Aumip/UAvks/Unsplash

würde die im neuen APK-Abkommen vorgesehene Afrika-Säule, die Assoziierungsabkommen mit den nordafrikanischen Staaten und Sonderregelungen mit Südafrika ablösen und Zusagen über die gesamte finanzielle Zusammenarbeit der EU mit Afrika enthalten. Dieses Abkommen würde dann auch Handelsbeziehungen zwischen den beiden Kontinenten und Investitionen einheitlich regeln. Die JAES bekäme mit diesem Intercontinental Comprehensive Compact (IC3) schrittweise die Bedeutung, die sie schon immer hätte haben sollen und in den aktuellen geopolitischen und globalen Herausforderungen aus existenziellen Gründen für Europa und Afrika haben muss.

Inhaltlich hat die AU folgende Themen für die umfassende Partnerschaft vorgeschlagen: Frieden und Sicherheit; Migration; Klimawandel sowie Trade und Investitionen, insbesondere die Panafrikanische Freihandelszone. Das deckt sich mit den im Positionspapier der EU vorgeschlagenen Prioritäten. Hinzu kommen die Grüne Wende, digitaler Wandel und aktuell die Bekämpfung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen.

Für das neue Abkommen müssen die EU und ihre Mitgliedsstaaten die Art und Weise ihrer Zusammenarbeit mit Afrika anpassen – weg von einer Geber-Nehmer-Mentalität hin zu einer echten Partnerschaft – und dafür sorgen, dass sie sich entsprechend den beiderseitigen Interessen positionieren, auch vor dem Hintergrund der wachsenden Zahl geopolitischer Akteure in Afrika.

**Potenzial der umfassenden Partnerschaft zwischen Europa und Afrika**

Afrika hat großes Potenzial: Der Kontinent wächst, die vielen Kinder und jungen Menschen in Afrika sind die Konsumenten von morgen. Auch für den Klimaschutz spielt Afrika eine entscheidende Rolle, nicht nur wegen des weltweit zweitgrößten Regenwaldes im Kongo-Becken, sondern auch aufgrund der vielen günstigen Standorte zur Gewinnung erneuerbarer Energien und dem damit verbundenen Potenzial für die Wasserstoffproduktion. Afrika hat einen enormen Reichtum an Rohstoffen, die aktuell noch zum Großteil unverarbeitet exportiert werden.

Für größere lokale Wertschöpfung und wirtschaftliche Transformation haben die afrikanischen Staaten selbst den Startschuss durch die Etablierung der Panafrikanischen Freihandelszone gegeben: Alle afrikanischen Staaten mit Ausnahme Eritreas haben das Abkommen für die Freihandelszone unterzeichnet; der Beginn des Handels unter den Bedingungen des Abkommens

**Das wirtschaftliche Potenzial des Kontinents kann sich aufgrund von zahlreichen Herausforderungen noch nicht entfalten. Ein Paradigmenwechsel hin zu einer „Partnerschaft auf Augenhöhe“ soll zu den Außenbeziehungen mit Afrika beitragen.**

ist auf den 01. Januar 2021 festgesetzt. Die Freihandelszone umfasst einen Markt von bereits heute mehr als 1,2 Milliarden Menschen und einem Bruttoinlandsprodukt von 3,4 Billionen US-Dollar – fast so hoch wie Deutschland.

Die Auswirkungen der vollständigen Umsetzung des Abkommens wären erheblich: Wachstum des aktuell wenig ausgeprägten innerafrikanischen Handels und eine wachsende Attraktivität für Investoren, die von einem Standort aus ganz Afrika bedienen können. Diese Investitionen können eine nachhaltige „grüne“ wirtschaftliche Transformation Afrikas anstoßen, sofern es sich um europäische Investoren handelt, die gemäß des Green Deal eine klimafreundliche Produktion ermöglichen. Für Europa ist dies die erste Priorität der zukünftigen Partnerschaft. Die afrikanische Seite will überhaupt eine Chance, die immense Herausforderung meistern zu können, Arbeitsplätze für die wachsende Bevölkerung in Afrika zu schaffen. Dabei steht Ökologie nicht immer an erster Stelle, weil es hierbei immer um existenzielle Fragen heute geht und das Morgen weit weg erscheint.

**Da Europa massenweise Wirtschaftsmigration aus Afrika verhindern will, wird auch bei uns die Frage konkret werden, ob wir durch unsere Luxusforderungen, an die sich keiner im Nachkriegsdeutschland hal- >>**



© Annie-spratt-GaLzDCn.A5EI/Unsplash

Schwerpunktthema  
**AFRIKA**

Viele der chinesischen Investitionen fließen in die Infrastruktur – und genau das braucht Afrika, um sich zu entwickeln. Hier große Straßenbauarbeiten in Uganda, finanziert durch die chinesische Regierung.



© Robin Nieuwenkamp / Shutterstock

**ten musste und gehalten hätte, nicht auch mögliche Eigenaktivitäten und Wachstum in Afrika verhindern.**

Klar ist inzwischen, dass die EU die Panafrikanische Freihandelszone uneingeschränkt unterstützt, nach über 15 Jahren „falschen“ Verhandlungen zu separaten Wirtschaftsabkommen. Immer deutlicher wird in der EU erkannt, dass diese Freihandelszone vor allem auch im Interesse europäischer Firmen ist. Die deutsche EU-Präsidentschaft wird diese Sicht hoffentlich noch einmal erheblich verstärken. Eine Gefahr für eine flächendeckende wirtschaftliche Entwicklung in Afrika sind die Konfliktherde, insbesondere im Sahel. Hier engagieren sich die Europäer bereits gemeinsam mit den betroffenen afrikanischen Ländern in zehn EU-Mission der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die EU bietet Beratung und Schulungen für über 30.000 afrikanische Militärangehörige und Polizei- und Justizbeamte an. Gemäß der umfassenden Strategie wird die EU die afrikanischen Friedensbemühungen durch eine stärker strukturierte und strategisch ausgerichtete Zusammenarbeit anpassen und vertiefen.

**Eine umfassende Partnerschaft zwischen Europa und Afrika kann die gemeinsamen Herausforderungen überwinden und das volle Potenzial Afrikas zum Wohle der afrikanischen und der europäischen Bevölkerung entwickeln.**

Voraussetzung für eine solche EU-Afrika-Partnerschaft ist zunächst die Konsistenz zwischen dem neuen AKP-Vertrag und dem Kontinent-zu-Kontinent-Ansatz entsprechend der JAES, der auch für das zukünftige Abkommen gelten wird. Diese Konsistenz sicherzustellen ist eine der Hauptaufgaben der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Diese neue Qualität der Partnerschaft heißt bei mir ganz unemotional: Europa und Afrika sind Weggefährten. Weggefährten kann man sich nicht immer aussuchen. Und es gibt Wege, die man allein nicht bewältigen kann, ob man sich mag oder nicht. Die EU-Afrika-Beziehungen müssen solche Wege gehen. Der Erfolg ist leichter, wenn man das erkennt und sich gegenseitig möglichst wenige Vorwürfe macht, sondern auf das vertraut, was der andere besser kann als man selbst. ■

Woran denken Sie, wenn Sie an Afrika denken?



Angabe in Prozent. Befragung der Bevölkerung ab 16 Jahre, Quelle: Global Perspectives Initiative/IfD-Allensbach

Grafik: Nadin Schley

# „Die Zukunft der Welt wird sich auf dem afrikanischen Kontinent entscheiden“

Der Philosoph Achille Mbembe kritisiert die europäische Entwicklungspolitik. Er will eine Neubesinnung auf die Frage, was Afrika sein könnte, damit junge Menschen nicht fliehen müssen.



© Wikipedia

Spätestens seit seinem Buch „Kritik der schwarzen Vernunft“, in dem er die These formuliert, dass sich der globale Kapitalismus aus dem transatlantischen Sklavenhandel entwickelt habe, dessen Strukturen immer

noch existierten, gilt der aus Kamerun stammende und in Südafrika lehrende Achille Mbembe als einer der wichtigsten Denker des Postkolonialismus.

**Monsieur Mbembe, Sie werden als einer der bedeutendsten Denker Afrikas und als „Popstar“ der postkolonialen Debatte bezeichnet. Wie stellen Sie sich den Leuten vor, die Sie und Ihre Arbeit noch nicht kennen?**

Ich bin zuerst einmal Hochschullehrer. Aber darüber hinaus versuche ich, zusammen mit anderen Intellektuellen über die Zukunft unserer Welt nachzudenken – aus afrikanischer Perspektive.

**Warum liegt Ihnen diese afrikanische Perspektive so sehr am Herzen – abgesehen davon, dass Sie aus Kamerun stammen und in Südafrika lehren?**

Die Zukunft der Welt wird sich zu einem großen Teil auf dem afrikanischen Kontinent entscheiden. Diese These mag erstaunlich klingen, weil viele Menschen der Auffassung sind, dass Afrika eigentlich nicht so recht Teil dieser Welt ist.

**Aber?**

Das stimmt nicht. Nehmen Sie zum Beispiel die Demografie: Bis Ende des Jahrhunderts werden die Afrikaner einen Großteil der Weltbevölkerung stellen. Oder der Umweltschutz. Der äquatoriale Regenwald, der von Kamerun bis in den Osten des Kongo reicht, ist der zweite grüne Lungenflügel unserer Erde nach dem Amazonas in Südamerika. Afrika

verfügt darüber hinaus über immense Bodenschätze und einen großen Reichtum an Tier- und Pflanzenarten.

**Das heißt unterm Strich?**

Was sich in Afrika ereignet, hat zwangsläufig enorme Auswirkungen auf den Rest des Planeten. Und deswegen glaube ich, dass das 21. Jahrhundert ein afrikanisches Jahrhundert werden wird.

**Sehen das Europas Politiker auch so?**

Paradoxerweise bleiben die immensen Kenntnisse, die man seit dem 19. Jahrhundert über Afrika gesammelt hat, in der politischen Debatte in Europa immer noch außen vor. Sobald es um Afrika geht, herrscht so etwas wie eine wohlkultivierte Ignoranz vor. Stattdessen hängt Europa jahrhundertealten Vorurteilen an, die es daran hindern, Afrika von seinen eigenen Stärken her zu sehen. Diese Blindheit führt leider zu Verzerrungen. China ist da schon weiter.

**Immerhin fließen Abermillionen Euro an Entwicklungsgeld von Europa nach Afrika.**

Das ganze Konzept der Entwicklungshilfe ist falsch und hat mit der Realität nichts zu tun. Was in Wirklichkeit existiert, ist ein Transfer an Rohstoffen und Geld von Afrika in den Rest der Welt. Davon einmal abgesehen: Was afrikanische Migranten aus den

USA, aus Europa, China oder anderen Teilen der Welt in ihre Herkunftsländer überweisen, übersteigt bei weitem das, was den betreffenden Staaten im Rahmen der offiziellen Entwicklungshilfe zuerkannt wird. Das Gleiche gilt für die Investitionen der privaten Wirtschaft im Laufe der vergangenen zehn, fünfzehn Jahre.

**Also weg mit der klassischen Entwicklungshilfe?**

Man sollte sie einstellen, zumal es mehr und mehr darum geht, diese Zahlungen an bestimmte Bedingungen zu knüpfen. Das jüngste Beispiel sind jene Formen von Zusammenarbeit, die darauf abzielen, die Mobilität der Afrikaner einzuschränken, weil die Europäer von ihrer Anti-Migrationspolitik besessen sind. Eine perverse Form von Politik, unter der die Afrikaner unglaublich leiden und die sie schon allein deswegen zurückzuweisen sollten.

**In Ihren Forschungen setzen Sie sich immer wieder auch mit der kolonialen Vergangenheit auseinander. Inwiefern wirkt sich diese Vergangenheit auf Politik und Gesellschaft im heutigen Afrika aus – zum Beispiel in Ihrer Heimat Kamerun?**

Kamerun ist ein besonders tragischer Fall. Dort hat die Regierung jahrelang versucht, die französische Sprache und Kultur im gesamten Land zu verankern und gleichzeitig die englischsprachige Minderheit zu unterdrücken. >>

## Schwerpunktthema AFRIKA

Dagegen setzt sich die englischsprachige Minderheit zur Wehr. Inzwischen herrscht dort regelrecht Krieg. Das alles zeigt einerseits, wie tief der koloniale Komplex sitzt – denn die Landesgrenzen stammen aus der Kolonialzeit –

andererseits, dass die diktatorischen, autoritären und brutalen Regierungsformen, die wir aus der Kolonialzeit geerbt haben, uns immer noch große Schwierigkeiten bereiten.

**Hat aber nicht Afrika auch ein hausgemachtes Eliteproblem? In Kamerun stellt sich der 87-jährige Paul Biya zur Wiederwahl, obwohl er seit über 30 Jahren regiert. Im Kongo klammert sich Joseph Kabila an die Macht ...**

... und die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Aber viel interessanter ist doch, dass ein Großteil der internationalen Elite dabei ist, sich zu afrikanisieren, also räuberische Verhaltensweisen und Einstellungen an den Tag legt, die wir bisher nur aus Afrika kannten. Das sehen wir in den USA, auf den Philippinen, in der Türkei oder in Russland.

**Das ist aus der Warte des Politikwissenschaftlers vielleicht interessant, vor allem aber bedrohlich.**

Schlimmer noch: Diese Eliten haben sich internationalisiert und arbeiten losgelöst von nationalen Grenzen, genau wie das Kapital - die Finanzwelt und die auf Technologie und Algorithmen beruhenden Geschäftspraktiken. Dem müsste der Rest der Menschheit mehr Klassenbewusstsein entgegenzusetzen.

**Wie meinen Sie das?**

Wir müssen schleunigst unsere Fähigkeit zur Kritik wiederentdecken, angefangen bei der Gabe, das Richtige vom Falschen zu unterscheiden. In einer Epoche, in der man oft nicht mehr zu wissen meint, was wahr ist und was falsch. Wo immer mehr Menschen der Überzeugung sind, dass nichts von Dauer und Wert sei. Diese Fähigkeit der Kritik ist absolut notwendig, bevor wir über neue Formen der politischen Mobilisierung nachdenken und wenn wir verhindern wollen, dass negative Leidenschaften den politischen Raum beherrschen. Es geht darum, der Vernunft eine neue Chance zu geben.

**Wenn uns das nicht gelingt?**

Riskieren wir, dass das Leben, zumindest das menschliche Leben, auf diesem Planeten ausgelöscht wird.

**Können Religionen dazu beitragen, das Ruder herumzureißen?**

Das hängt stark davon ab, wer sie nutzt. Man sieht in einigen Ländern beispielsweise, wie konservative Pfingstkirchen eher zum Zerfall der Gesellschaft beitragen, anstatt sie zu einen. Wenn wir davon sprechen, wieder mehr Energie in die Fähigkeit zum kritischen Denken zu investieren, dann gehört für mich auch dazu, gewisse religiöse Einstellungen und Strategien wie Fanatismus oder Fundamentalismus zu hinterfragen.

**In Deutschland, aber auch in anderen Ländern Europas gibt es zunehmend Debatten über den Umgang mit der kolonialen Vergangenheit. Was halten Sie von der Rückgabe von Kunstgegenständen oder Wiedergutmachungszahlungen für begangenes Unrecht, wie das etwa Herero und Nama von Deutschland fordern?**

Darauf gibt es keine einfachen Antworten. Aber es gibt eine Pflicht zur Wahrheit, die darin besteht, anzuerkennen, dass da etwas geschehen ist, das niemals hätte geschehen dürfen. Es bringt nichts, die Vergangenheit zu leugnen. Die Wahrheit ist die Lehrmeisterin für Verantwortung und Gerechtigkeit. Diese Offenheit halte ich für unabdingbar, um seriös über Fragen von Restitution und Reparation zu diskutieren.

**Wie aber könnte Wiedergutmachung vor diesem Hintergrund aussehen?**

Erstens: Die Wahrheit annehmen und zweitens: das Antlitz einer Erde wiederherstellen, die wir zerstört haben, was mit einschließt, die Lebensräume der betroffenen Bevölkerung wiederherzustellen. Und wenn Letzteres eine finanzielle Wiedergutmachung nötig macht, sollte man diese leisten. ■

Joachim Heinz  
(KNA)

# DIE CAUSA ACHILLE MBEMBE

**„Was sich in Afrika ereignet, hat zwangsläufig enorme Auswirkungen auf den Rest des Planeten. Und deswegen glaube ich, dass das 21. Jahrhundert ein afrikanisches Jahrhundert werden wird.“  
(Im Interview mit Joachim Heinz, KNA)**

Joseph-Achille Mbembe ist einer der prominentesten Intellektuellen Afrikas. Bekannt wurde der 1957 in Kamerun geborene und an der Sorbonne promovierte Historiker mit seinem Essayband „Postkolonie“, in dem er sich mit den Konsequenzen des Kolonialismus für Afrika auseinandersetzt. Die meisten deutschen Leserinnen und Leser entdeckten ihn aber erst mit seinem Band „Kritik der schwarzen Vernunft“. Darin legt er die Entstehung des rassistischen Denkens im Kapitalismus frei und öffnet den Blick für das heutige Afrika. Der Rassismus sei das Fundament von Kapitalismus und Globalisierung, denn die „Erfindung“ des Schwarzen als minderwertige Menschen legitimiere die Ausbeutung und Versklavung Afrikas durch den Westen. Diese Ausbeutung geht nach dem Ende des Kolonialismus weiter, nur mit anderen Mitteln. Zu den „Schwarzen“ zählt Mbembe übrigens auch Unterdrückte anderer Hautfarben wie Lohnsklaven, Flüchtlinge und Verfolgte. In seinem neuesten Buch, „Politik der Feindschaft“, verfolgt er die kolonialistischen und rassistischen Strömungen in unserer Gesellschaft weiter. Nicht nur in den Krisenregionen, sondern auch im Westen breiteten sich Nationalismus, Terror und Krieg aus. Viele ihrer Spielarten und Methoden, so Mbembe, haben ihren Ursprung in der Kolonialzeit.

**Die „Causa Mbembe“**

Im Frühjahr 2020 bekam der in Johannesburg lebende Mbembe eine Nachricht. Er werde in Deutschland des Antisemitismus beschuldigt. Der FDP-Politiker Lorenz Deutsch wollte in Mbembes Schriften Hinweise darauf gefunden haben. Der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, Felix Klein, schloss sich an. Beide empörten sich darüber, dass Mbembe den Eröffnungsvortrag der Ruhrtriennale am 14. August halten sollte, und forderten, ihn auszuladen. Am 24. März 2020 verlangte

Lorenz Deutsch, ihn auszuladen. Felix Klein schloss sich an. Mbembe habe den Holocaust relativiert und das Existenzrecht Israels infrage gestellt. Im Zentrum seiner Arbeit stehen weder Holocaust noch Israel. Dennoch spielt beides in seiner Geschichte der „Feindschaft“ eine wichtige Rolle. Genau diese Passagen halten Mbembes Kritiker ihm vor:

„Die Logik des Konzentrationslagers“, schreibt er etwa, gehe auf die britischen Besatzer in Südafrika zurück, den „geplanten Massenmord“ an den Juden hätten die Deutschen zuvor mit den Herero erprobt. Und was Israel heute den Palästinensern antue, sei „schlimmer als die vergleichsweise primitiven Maßnahmen“ des südafrikanischen Apartheidsregimes.

**Das sind radikale Urteile, doch handelt es sich dabei wirklich um Antisemitismus?**

Am 30. April erklärten 37 jüdische und israelische Wissenschaftler und Künstler ihre Solidarität mit Mbembe und forderten, Felix Klein aus seinem Amt abzuberufen. Am 01. Mai wiesen einige Wissenschaftler in einem internationalen Solidaritätsaufruf den Vorwurf zurück, dass Mbembe Antisemit sei und den Holocaust verharmlose. Man wolle ihn mithilfe „manipulativ verzerrter Zitate und Inhalte desavouieren“. In einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier vom 18. Mai bezeichneten 700 Unterzeichner die Antisemitismusvorwürfe gegen Mbembe als „unzulässige politische Instrumentalisierung“ des Holocaust und behaupteten, die Vorwürfe seien von „rechtsextremen, konservativen und rassistischen Gruppen“ erhoben worden. ■

# 75 Jahre Kriegsende

Autor: Prof. Winfried Heinemann

# 1945 -

Die Menschen, die am 9. Mai 1945 wieder aufwachten, waren genau dieselben, die am Abend zuvor, vom Krieg und seinen Strapazen erschöpft, ins Bett gefallen waren. Von einer „Stunde null“ merkten sie wenig.

Die Befreiung von der Naziherrschaft war ja schrittweise vonstattengegangen, Ostpreußen und Aachen waren zuerst von den Kriegsgegnern besetzt worden und Schleswig-Holstein blieb noch wochenlang unter deutscher Kontrolle. KZ-Häftlinge und in Berliner Gartenlauben untergetauchte jüdische Jugendliche empfanden die Ankunft der Alliierten als Befreiung, aber das waren eben die wenigsten. Die meisten hatten Angst: vor Hunger, vor Verfolgung wegen Beteiligung an den NS-Verbrechen, vor Verschleppung nach Sibirien oder vor Vergewaltigung, nicht nur durch sowjetische Soldaten.

## Unter alliierter Aufsicht

Der Übergang zu geordneten Verhältnissen gelang nur schrittweise. Zwar hatten die Siegermächte Großbritannien, Frankreich, Sowjetunion und USA sich darauf geeinigt, dass sie ganz Deutschland besetzen und alle staatlichen Funktionen übernehmen würden, aber solche Dinge wie Lebensmittelversorgung, Elektrizität, Wasser und Abwasser verlangten doch eine technische Kenntnis, die nur die deutschen Fachkräfte vor Ort besaßen. Ortspolizei, Kommunalverwaltung – all das würde bald von Deutschen geleistet werden müssen unter alliierter Aufsicht, versteht sich. Aber da, wo etwa die Amerikaner den letzten demokratisch gewählten Oberbürgermeister von Köln, den Zentrumspolitiker Konrad Adenauer, wieder in sein Amt einsetzten, vertrieben ihn die Briten wenige Wochen später wieder als zu konservativ. Allerdings eröffnete sich damit für Adenauer die Tür zu einer bundespolitischen Karriere – für viele Politiker der ersten Stunde in der sowjetischen Besatzungszone hatte die Entlassung durch die Sowjets oft Deportation oder das Todesurteil zur Folge.

Die Absicht, Deutschland gemeinsam zu verwalten und gemeinsam über seine Zukunft zu entscheiden, prägte die Verhandlungen der Amerikaner, Briten und Sowjets in Potsdam im Sommer 1945. Für den sowjetischen Parteichef Josef V. Stalin war es seine letzte Auslandsreise. Im Schloss Cecilienhof traf er auf den US-Präsidenten Harry S. Truman (der dem verstorbenen Kriegspräsidenten Franklin D. Roosevelt nachgefolgt war) und den britischen Premierminister Winston Churchill (der aber nach einer Wahlniederlage seinem Nachfolger, dem Labour-Politiker Clement Attlee, Platz machen musste).

Am Ende stand die Absicht, Deutschland als Ganzes zu erhalten und gemeinsam zu verwalten, aber seine Gebiete östlich der Oder sollten zu Polen und (ein kleines Stück) zur Sowjetunion geschlagen werden; die Vertreibung der dort ansässigen deutschen Bevölkerung war implizit vorgesehen. Frankreich hoffte vergeblich, das Saargebiet mit seiner Schwerindustrie gewinnen zu können.

## Nürnberger Prozesse

Die Verfolgung der von Deutschen begangenen Verbrechen stand weit oben an, und dabei waren sich die vier Mächte zunächst noch einig: Im November 1945 begann in Nürnberg der Prozess gegen 24 Angeklagte wegen Verschwörung, Führung eines Angriffskrieges, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, von denen zehn am 16. Oktober 1946 gehängt wurden. Hermann Göring hatte sich selbst das Leben genommen, andere wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt, drei Angeklagte freigesprochen. Aber schon bei den Folgeprozessen zeigten sich die Risse in der Kriegskoalition: Schon bald wurden Verfahren wegen Kriegsverbrechen nur noch von jeweils einer Siegermacht geführt. >>

Eine Folge des Kriegsendes war die endgültige Auflösung Preußens. Seit 1701 hatten die Hohenzollern sich als Könige in Preußen (später „von Preußen“) bezeichnet, aber eine eigene preußische Armee gab es seit 1920 nicht mehr und 1932 hatte das Reich sich die Verwaltung Preußens direkt unterstellt – trotzdem bestanden vor allem die Briten darauf, dass „Preußen“ und seine Traditionen wesentlichen Anteil an den Fehlentwicklungen in Deutschland seit 1871 gehabt hatten. Sein bisheriges Staatsgebiet wurde aufgeteilt, es entstanden die Länder Nordrhein-Westfalen in der britischen Zone und Rheinland-Pfalz in der französischen, aber auch das Land Niedersachsen aus den Ländern Braunschweig, Hannover, Oldenburg und weiteren Gebieten unter britischer Besatzung, die drei hessischen Kleinstaaten in der US-Zone wurden zu einem Land zusammengefasst, aber das Land Baden-Württemberg entstand erst Anfang der 1950er Jahre. In der sowjetischen Besatzungszone dagegen wurden 1952 alle Länder aufgelöst.

#### **Zerwürfnis zwischen den Siegermächten**

Überhaupt hatte die zunehmende Übertragung staatlicher Aufgaben wachsende Konflikte zwischen den drei Westmächten und den Sowjets darüber zur Folge, wie mit Deutschland zu verfahren sei. Während die Westalliierten Deutschland entmilitarisieren und demokratisieren wollten, sah Stalin seine Besatzungszone als Ausgangspunkt für eine kommunistische Regierung in ganz Deutschland. Zugleich hatte der Krieg das Gebiet der Sowjetunion so sehr verwüstet, dass ein Wiederaufbau nur mit erheblichen Reparationen aus der deutschen Wirtschaft möglich schien. So war es kein Zufall, dass gerade Fragen der zukünftigen deutschen Wirtschaft zum Zerwürfnis zwischen den Siegermächten führten. Bis 1949 war die Teilung Europas perfekt und mit ihr auch die Teilung Deutschlands.

Das hatte für die Lebenswirklichkeit der Menschen schwerwiegende Auswirkungen. Vor allem die Städte waren zu weiten Teilen zerstört. Der Wiederaufbau dauerte bis in die 1970er Jahre, und selbst heute kann der aufmerksame Beobachter noch die eine oder andere Bombenlücke in Straßenzügen entdecken. Wertvolle Bausubstanz war zerstört worden. Gelegentlich hatten Kommunalpolitiker die Möglichkeit genutzt, jetzt endlich die moderne, „autogerechte“ Stadt zu schaffen. Andere (Münster, Freiburg) entschieden sich für einen möglichst originalgetreuen Wiederaufbau. Flucht und Vertreibung aus dem Osten verschärfte den Wohnungsmangel. Bausünden wie Hellersdorf-Marzahn in (Ost-)Berlin, die Neue Vahr in Bremen oder Neu-Scharnhorst in Dortmund zeugen heute von den fehlgeleiteten Versuchen, dieser Not mit modernen, aber letztlich nicht menschengerechten Mitteln beizukommen.

#### **Der Holocaust ein wesentlicher Bestandteil des Krieges**

Denken und Empfinden der Menschen hat sich lange auf den Krieg und die unmittelbaren Nachkriegsjahre als die „schlechte Zeit“ bezogen – die meisten Deutschen sahen sich zunächst als Opfer des NS-Regimes, des Bombenkrieges, der Besatzungsherrschaft. Dass „die Deutschen“ während des Krieges nicht nur Opfer, sondern in vielen Fällen auch Täter (also oft beides!) gewesen waren, drang erst in den 1970er und 1980er Jahren ins öffentliche Bewusstsein. Die vierteilige Fernsehserie „Holocaust“, die 1973 ausgestrahlt wurde, lenkte erstmals den Blick breiter Massen auf den Mord an den europäischen Juden als wesentlichen Bestandteil des Krieges – und eben nicht als ein davon getrenntes Geschehen. Daraus resultierte auch eine grundlegende, oft emotional begründete Ablehnung jeder Form militärischer Gewalt, die heute, unter völlig veränderten Rahmenbedingungen, von Deutschlands Nachbarn wie Polen als mangelnde Solidarität angesichts erneuter Bedrohung ausgelegt wird – aber das ist eine andere Geschichte. ■

#### **Der Autor**

**Winfried Heinemann ist ein pensionierter deutscher Offizier und Militärhistoriker. Er wirkte am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr und ist seit 2014 Honorarprofessor an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg.**



**Brandbomben über Dresden.**  
© Shutterstock

# STANDPUNKT.

## **Gemeinsame Erklärung des Katholikenrats beim Katholischen Militärbischof für die Deutsche Bundeswehr und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS)**

**D**er Zweite Weltkrieg gehört zu den dunkelsten Epochen der Geschichte. Millionen von Menschen wurden Opfer eines rassenideologischen Vernichtungskrieges nie gekannten Ausmaßes. Letztlich waren es die alliierten Soldaten, die am 8. Mai 1945 nach zähem und aufopferungsvollem Ringen Deutschland in die bedingungslose Kapitulation zwangen und damit die Befreiung Europas von der Tyrannei des Nationalsozialismus vollendeten.

Wenngleich Deutschland an diesem Tag von der Nazi-Diktatur befreit wurde, endete für viele Menschen das Leid noch nicht bzw. es begann neues Leid.

Der 8. Mai 1945 kennzeichnet einen Wendepunkt in der europäischen Geschichte, denn die Waffen schwiegen, aber für Jahrzehnte war Europa geteilt. In Westeuropa boten die Siegermächte nach jahrhundertalten Konflikten zwischen den Staaten mit vielen Kriegen und trotz der Verbrechen des NS-Regimes West-Deutschland bereits wenige Jahre nach Kriegsende die kostbare Chance zu einem Neuanfang. Es wurde schnell in die jeweiligen Wirtschafts- und Sicherheitsorganisationen integriert und ist inzwischen seit Jahrzehnten eine anerkannte Kraft und ein Gestalter innerhalb dieser internationalen Organisationen.

Als Gründungsmitglied der damaligen Montanunion und wesentlicher Treiber in der späteren Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Union wandelte sich beispielsweise nicht nur die alte „Erbfeindschaft“ zu Frankreich in ein freundschaftliches und vertrauensvolles Verhältnis auf den unterschiedlichsten Ebenen, sondern es entwickelte sich über die Jahrzehnte ein Prozess der engen europäischen Zusammenarbeit, der das

# 75 JAHRE Kriegsende in Europa – Kein Frieden ohne Versöhnung

Fundament für ein freies und friedliches Europa wurde. Mit dem Beitritt zur NATO im Zuge des sich verschärfenden Kalten Krieges wurde die Bundeswehr früh in ein kollektives transatlantisches Sicherheitsbündnis integriert, das bis heute die Sicherheit Deutschlands in Frieden und Freiheit garantiert. Im Zuge der Wiederbewaffnung West-Deutschlands wurde der Aufbau der Bundeswehr von Anfang an durch die Militärseelsorge begleitet und bereits drei Jahre nach Gründung der Bundeswehr nahmen deutsche Soldaten auf Einladung des französischen Katholischen Militärbischofs 1958 an der ersten Internationalen Soldatenwallfahrt nach Lourdes teil, um hier gemeinsam für den Frieden in der Welt zu beten. Neben vielen jungen Wehrpflichtigen trafen sich hier auch Soldaten, die noch dreizehn Jahre zuvor auf gegnerischen Seiten gestanden hatten, und trugen somit gemeinsam zur Versöhnung der Nationen bei.

Auch heute noch treffen sich jedes Jahr wieder Tausende Soldaten in Lourdes, um weiter an internationaler Verständigung und Frieden zu arbeiten.

Die Feier des von Papst Paul VI. am 08.11.1967 initiierten Weltfriedentages ist ein weiteres besonderes Anliegen der Katholischen Militärseelsorge und der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Durch die Teilnahme von Soldatinnen und Soldaten an den festlichen Gottesdiensten der Ortsbischöfe, die diese aus Anlass des Weltfriedentages feiern, verdeutlichen sie das Selbstverständnis, mit dem sie ihren Dienst leisten in der Übereinstimmung mit der Friedenslehre der Kirche. Die Katholische Kirche hat bereits 1965 in der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ klar formuliert, dass Friede mehr ist als die bloße Abwesenheit von Krieg. Friede kann vielmehr nicht erreicht werden, ohne dass alle Menschen vertrauensvoll in Sicherheit und

Freiheit leben können. Gleichzeitig hat sie mit Realismus erkannt, dass die sündhafte Natur des Menschen die Gefahr des Krieges bis zur Wiederkunft Christi aufrechterhalten wird (Gaudium et spes, Nr. 78 ff).

Aber auch 75 Jahre nach dem 8. Mai 1945 sind wir noch weit davon entfernt, dass alle Menschen in Sicherheit und Frieden leben können. Uns Soldaten ist klar, dass es nicht möglich ist, mit reiner Anwendung von Gewalt Frieden zu schaffen, aber wir stehen dafür ein, dass das Recht und die Freiheit der Völker nicht vor Unrecht und Gewalt weichen müssen. So sehen wir uns fest verankert in den Worten des Zweiten Vatikanischen Konzils als Diener der Sicherheit und der Freiheit der Völker (Gaudium et spes, Nr. 79).

Die europäische Geschichte nach dem 8. Mai 1945 zeigt uns: Nur wenn letztlich Feindschaft und Hass überwunden und stabile Beziehungen etabliert werden, ist ein dauerhafter Frieden möglich (Gaudium et spes, Nr. 82). Der Einsatz militärischer Mittel kann für uns daher immer nur die letzte Möglichkeit sein, um weitere Gewalt einzudämmen und den Politikern sowie zivilen Friedensinitiativen Zeit und Raum zum Verhandeln einer dauerhaften und gerechten Friedenslösung zu verschaffen. Der 8. Mai 1945 steht für uns daher nicht nur als Verpflichtung für den Frieden, sondern auch für die Hand der Versöhnung und die Chance auf einen positiven Neuanfang. Als katholische Soldatinnen und Soldaten leisten wir im Einklang mit unserem christlichen Glauben und geleitet von der Achtung der Werte des Grundgesetzes auch in vielfältigen Einsätzen unseren Dienst. Als Staatsbürger in Uniform fordern wir den notwendigen Rückhalt für unseren ethisch begründeten Dienst in Politik, Gesellschaft und bei unseren katholischen Mitschwestern und Mitbrüdern. ■

# Gerechter Krieg

## Das geltende Recht auf der UNO-Ebene

Autor: Prof. Eberhard Schockenhoff

Als sich die Bundeswehr in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts erstmals an Out-of-area-Einsätzen im Kosovo oder in Afghanistan beteiligte, herrschte in der medialen Berichterstattung darüber sowie im amtlichen politischen Diskurs eine große Sprachenverwirrung. Wie sollte diese militärische Beteiligung an NATO-Missionen korrekt bezeichnet werden? Das Engagement im Kosovo, das sich auf die Planung und Durchführung von Luftschlägen beschränkte, fand in der deutschen Öffentlichkeit unter dem Titel einer „humanitären Intervention“ zum Schutz der albanischen Bevölkerung vor weiteren serbischen Massakern und zur Verteidigung europäischer Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit breite Akzeptanz. Im Afghanistan-Konflikt gestaltete sich die Meinungsbildung widersprüchlicher, weil dort deutsche Soldaten in Bodeneinsätzen im Kampf gegen die aufständischen Taliban ihr Leben riskierten.

**„Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt“**  
(Peter Struck)

Dem damaligen Verteidigungsminister Peter Struck (SPD) gelang mit der Begründung, dass im Zeitalter des internationalen Terrorismus unsere Sicherheit am Hindukusch verteidigt werden müsse, zwar eine griffige Formel, die in der medialen Berichterstattung über den deutschen Einsatz allenthalben zitiert wurde. Doch wurde dieses neuartige militärische Engagement der Bundeswehr in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung nicht als Beteiligung an einem internationalen Kampfeinsatz gegen die Gefahren des Terrorismus, sondern viel eher als Beteiligung an dem Krieg gesehen, den die NATO unter Führung US-amerikanischer Streitkräfte in Afghanistan führte. Die deutsche Bundesregierung versuchte vergeblich, die Sprachhoheit zurückzugewinnen, indem >>

### Ground Zero/New York City:

Die Organe der UNO gingen seit dem Korea-Krieg im Jahr 1950 wiederholt dazu über, einzelnen Staaten oder einer bestimmten Staatengruppe ein Mandat zu erteilen, um im Auftrag der gesamten Staatengemeinschaft eine gewaltsame Aggression abzuwehren. Auf dieser Grundlage führen die USA seit den Attentaten von 9/11 auch den von ihnen sogenannten War against terrorism.

© Wikipedia



Die instinktive Ablehnung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr war für viele auf dem Boden der pazifistischen Grundströmung, die sich in der deutschen Bevölkerung nach dem Ende des Kalten Krieges über alle politischen Lager hinweg entwickelt hatte, nur die folgerichtige Konsequenz aus der Überzeugung „nie wieder Krieg!“

© Flickr

sie auf einer korrekten völkerrechtlichen Bezeichnung des Kampfgeschehens beharrte. Doch gerieten ihre Repräsentanten durch die konsequente Weigerung, das Wort „Krieg“ in diesem Zusammenhang zu benutzen, in der Öffentlichkeit rasch in die Defensive.

### „Ja, wir sind im Krieg“

(Karl-Theodor zu Guttenberg)

Spätestens nachdem die ersten Särge gefallener Soldaten in Deutschland eintrafen, verstärkte sich der Verdacht, hinter dem Beharren auf einem korrekten völkerrechtlichen Sprachgebrauch verberge sich ein Beschwichtigungsversuch, der die tatsächlichen Gefahren und Risiken, die deutschen Soldaten in Afghanistan drohten, vor den Augen der Öffentlichkeit herunterspielen sollte. Als der neu ernannte Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, der von Anfang an Freude an der Rolle fand, einen anderen Politikstil zu präsentieren, die erlösende Floskel „ja, wir sind im Krieg“ sprach, wirkte dies wie ein Befreiungsschlag. Indem er diesen Begriff verwandte, sprach er aus, was alle dachten: Erstmals seit der vernichtenden Niederlage des Zweiten Weltkrieges befand sich Deutschland wieder im Krieg. Diese Tatsache wurde in weiten Teilen der Bevölkerung als eine tiefe

Zäsur empfunden. Viele sahen dies nicht als Ausdruck der Bereitschaft des wiedervereinigten Deutschlands an, innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft größere Verantwortung für den Erhalt des Friedens zu übernehmen.

### New wars, eine neue Form des Krieges

Die instinktive Ablehnung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr war für viele auf dem Boden der pazifistischen Grundströmung, die sich in der deutschen Bevölkerung nach dem Ende des Kalten Krieges über alle politischen Lager hinweg entwickelt hatte, nur die folgerichtige Konsequenz aus der Überzeugung „nie wieder Krieg!“ Die völkerrechtlich korrekte Bezeichnung des militärischen Engagements der Bundeswehr in Afghanistan, die der Sprachregelung der internationalen Diplomatie und der UNO entspricht, lautet: bewaffneter nichtinternationaler Konflikt. Das Adjektiv „bewaffnet“ verweist auf die gewaltförmigen Kampfmittel, die bei diesem Konflikt zum Einsatz kommen. Die Kennzeichnung als „nichtinternationaler Konflikt“ deutet darauf hin, dass die Streitkräfte der NATO-Staaten, darunter auch die Bundeswehr, auf Ersuchen der afghanischen Regierung deren Bestreben, die Sicherheitslage in ihrem Land zu stärken, durch militärische Unterstützungsmaßnahmen

begleiten. Es handelt sich bei dieser Auseinandersetzung nicht um einen Krieg, den souveräne Nationen als unabhängige Völkerrechtssubjekte gegeneinander führen, sondern um eine asymmetrische Auseinandersetzung, in der eine gewählte, demokratische legitimierte Regierung die Sicherheit des Landes gegen aufständische Gruppen verteidigt. Im politikwissenschaftlichen Diskurs werden solche asymmetrischen Auseinandersetzungen als new wars, als neue Form des Krieges bezeichnet.

### Gedanken eines prinzipiellen Gewaltverbots

In der Sprache des Völkerrechtes hingegen ist der Begriff des „Krieges“ funktionslos geworden. Die Neuordnung der internationalen Staatengemeinschaft, die nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Gründung der Vereinten Nationen erfolgte, beruht auf zwei Pfeilern: auf der allgemeinen Anerkennung universaler Menschenrechte und auf der Ächtung des Einsatzes militärischer Gewalt zur Lösung politischer, wirtschaftlicher oder kulturell-religiöser Konflikte. Damit wurde das jahrhundertlange Bestreben, den Krieg durch die Normen des humanitären Kriegsvölkerrechtes einzuhegen, auf einer anderen Ebene fortgeführt. Durch die Unterzeichnung der UN-Charta verzichteten die Mitgliedsstaaten feierlich und definitiv auf einen wichtigen Bestandteil dessen, was früher als unverzichtbares Kennzeichen nationaler Souveränität galt: das liberum ius ad bellum, das freie Kriegsführungsrecht. Das System der kollektiven Sicherheit, das durch die Charta der Vereinten Nationen wenigstens der Idee nach errichtet wurde, baut auf dem Gedanken eines prinzipiellen Gewaltverbots auf, dem sich alle Mitglieder der Staatengemeinschaft unterwerfen. Erst von diesem Zeitpunkt an kann das Völkerrecht beanspruchen, ein Friedensvölkerrecht im vollen Sinn des Wortes zu sein. Vor 1945 hatten souveräne Staaten die völkerrechtlich legitime Möglichkeit, ihre Interessen mit kriegerischer Gewalt durchzusetzen. Sie mussten dabei zwar die Schutznormen des ius in bello, des humanitären Kriegsvölkerrechtes, beachten, doch waren sie in der Entscheidung darüber, ob sie ihre Interessen mit friedlichen oder kriegerischen Mitteln verfolgen wollten, vollkommen frei. Das ius ad bellum, das Recht zum Krieg, stand ihnen jederzeit und überall zu.

### Das Recht auf Selbstverteidigung

Der zentrale Bezugspunkt aller völkerrechtlichen Bestimmungen zu den Fragen von Frieden und kollektiver Sicherheit ist das Gewaltverbot, das in Art. 2, Absatz 4 der UN-Charta ausgesprochen ist. Dieses trat an die Stelle der Ächtung des Krieges, die bereits durch den Briand-Kellogg-Pakt in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts

vereinbart wurde. Ziel des Gewaltverbotes ist es, den Einsatz militärischer Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen zu untersagen. Davon gibt es nur zwei Ausnahmen: das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung im Fall einer bewaffneten Aggression von außen und die Teilnahme an militärischen Interventionen mit einem Mandat des Sicherheitsrates. Das Recht auf Selbstverteidigung, das in Art. 51 der UN-Charta als ein „naturgegebenes Recht“ bezeichnet wird, ist als ein Notrecht gedacht, das nur solange gilt, bis der Sicherheitsrat wirksame Maßnahmen zur Abwehr der Aggression und zur Wiederherstellung der kollektiven Sicherheit ergreift. Ursprünglich war daran gedacht, dass die UNO selbst unter Führung des Sicherheitsrates den Schutz aller Mitglieder der Staatengemeinschaft einschließlich des angegriffenen Staates und auch des Friedensbrechers gewährleistet, wofür die einzelnen Mitgliedsstaaten die notwendigen Streitkräfte zur Verfügung stellen sollten. Da diese Regelung nie wirksam praktiziert werden konnte, gingen die Organe der UNO – entweder die >>

### Der Autor

Prof. Erhard Schockenhoff



© Schockenhoff

Eberhard Schockenhoff ist deutscher römisch-katholischer Priester und Professor für Moralthologie in Freiburg im Breisgau. Bis 2016 war er Mitglied des Deutschen Ethikrates. Schockenhoff forscht vor allem zu speziellen moralthologischen Fragestellungen wie der theologischen Sichtweise der Stammzellenforschung oder Abtreibung. Darüber hinaus bezieht er Stellung zum Naturrecht, zum Verhältnis von menschlicher Freiheit und göttlicher Vorsehung und nähert sich in seinem Buch „Wie gewiss ist das Gewissen?“ dem Thema Gewissen.

Vollversammlung oder der Sicherheitsrat – seit dem Korea-Krieg im Jahr 1950 wiederholt dazu über, einzelnen Staaten oder einer bestimmten Staatengruppe ein Mandat zu erteilen, um im Auftrag der gesamten Staatengemeinschaft eine gewaltsame Aggression abzuwehren. Auf dieser Grundlage führen die USA seit den Attentaten von 9/11 auch den von ihnen sogenannten war against terrorism.

### Der gerechte Grund

Nicht jeder Verstoß gegen das Gewaltverbot stellt aber einen bewaffneten Angriff im Sinne von Art. 51 der UN-Charta dar, der das Selbstverteidigungsrecht auslöst. Dazu bedarf es vielmehr einer gewissen Erheblichkeit der herbeigeführten Schadenswirkungen. Umstritten ist in der völkerrechtlichen Literatur, ob ein bewaffneter Angriff im Sinne der UN-Charta auch dann vorliegt, wenn Gewaltakte von nichtstaatlichen Akteuren – etwa von der Al-Qaida in Afghanistan oder dem IS in Syrien und im Irak – verübt werden. Im ersten Fall könnte man den Einsatz von NATO-Truppen in Afghanistan als Unterstützung der afghanischen Regierung in der Ausübung ihres Selbstverteidigungsrechtes gegenüber den Taliban bewerten, die von dieser selbst angefordert wurde. Daneben gibt es eine zweite Residualform legitimer Gewaltanwendung: die militärische Intervention unter einem Mandat des UN-Sicherheitsrates. Sie kann nach Art. 39 der UN-Charta in Betracht gezogen werden, wenn in einem Staat schwerwiegende systematische Menschenrechtsverletzungen wie ethnische Säuberungen oder ein Genozid verübt werden. Diese Form eines militärischen Eingreifens zum Schutz potenzieller Opfer weist noch am ehesten Ähnlichkeiten mit der früheren Denkfigur eines gerechten Krieges auf, da zur ethischen Legitimation solcher humanitärer Interventionen ein Rückgriff auf die Kriterien erforderlich ist, die ursprünglich im Rahmen der Theorie des gerechten Krieges entwickelt wurden. Danach bedarf es eines gerechten Grundes, der in der Regel durch die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen großen Ausmaßes gegeben ist. Der Bericht einer von der UNO eingesetzten „International Commission on Intervention and State Sovereignty“ (ICISS) nennt in einer erschöpfenden Auflistung im Einzelnen Massenmord, Genozid, ethnische Säuberungen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit. Unter die letzte Kategorie fallen nach Art. 7 Abs. 1 des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs Handlungen wie vorsätzliche Tötung, Ausrottung, Versklavung, Vertreibung, Folter, Vergewaltigung, Verfolgung aufgrund ethnischer, kultureller und religiöser Gruppenzugehörigkeit, zwangsweises Verschwindenlassen von Personen und Apartheid, sofern diese Handlungen im Rahmen eines systematischen Angriffs gegen die Zivilbevölkerung oder in Kenntnis eines solchen Angriffs begangen werden. Dies war etwa bei dem Massaker von Srebrenica im Juli 1995 oder bei dem Völkermord in Ruanda von April bis Juli 1994 der Fall, die von den

dort stationierten UN-Blauhelmen in Ermangelung eines robusten Mandates jeweils nicht verhindert wurden.

### Humanitäre Intervention

Neben dem gerechten Grund muss eine legitime Autorität die akute Bedrohung des Weltfriedens durch die systematischen Menschenrechtsverletzungen feststellen und einer interventionsbereiten Staatengruppe das Mandat zur Abwehr der Gefahr mit militärischen Mitteln geben. Dem Sicherheitsrat kommt insofern das Monopol der Gewaltlegitimation zu. Völkerrechtlich ist eine ersatzweise Selbstmandatierung durch eine Staatengruppe auch dann nicht vorgesehen, wenn der Sicherheitsrat aufgrund einer Selbstblockade der ehemaligen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges nicht tätig werden kann. Dies war beim Kosovo-Einsatz der NATO-Staaten im Jahr 1999 und beim Einmarsch der alliierten Truppen im Irak 2003 der Fall, als die USA bzw. die NATO-Truppen für sich das Recht zum eigenmächtigen Kriegführen ohne UN-Mandat reklamierten und dies als eine treuhänderische Erfüllung des UN-Auftrages ausgaben. Schließlich ist die rechte Absicht erforderlich: Eine humanitäre Intervention muss von der primären Absicht geleitet sein, eine akute Bedrohung abzuwehren. Allerdings wird die Absicht zu unparteilicher Nothilfe nicht schon dadurch zunichte gemacht, dass in einer gegebenen Konstellation eine Mischmotivation vorliegt, die den intervenierenden Staaten den Entschluss zum Tätigwerden erleichtert, wenn die Intervention etwa den eigenen geostrategischen Interessen oder der Durchsetzung politischer Ordnungsvorstellungen dient. Weitere Kriterien, die erfüllt sein müssen, um eine humanitäre Intervention zu rechtfertigen, sind die Ultima Ratio, die Verhältnismäßigkeit der gewählten Mittel und die Erfolgsaussicht der Maßnahmen. Die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und der Erfolgswahrscheinlichkeit – die UNO-Resolution des Weltgipfels aus dem Jahr 2005 spricht von proportional means and reasonable prospects – folgen aus der Tatsache, dass auch aus Gründen der Nothilfe und zur Abwehr schwerster Menschenrechtsverletzungen ausgeübte Gewalt ein Übel ist, das vielfältige Schäden hervorruft. Daher muss immer geprüft werden, ob der Einsatz militärischer Gewalt tatsächlich das geringere Übel ist, dessen Inkaufnahme sich auch in der Abwägung der voraussichtlichen Folgen rechtfertigen lässt.

### Das Recht zur Intervention mit militärischen Mitteln

Die genannten moralischen Rechtfertigungsbedingungen militärischer Interventionen zur Durchsetzung humanitärer Ziele sind durch die Responsibility to Protect-Resolution des World Summit der UNO von 2005 auch als völkerrechtliche



**"Der ist bei mir besser aufgehoben!"**

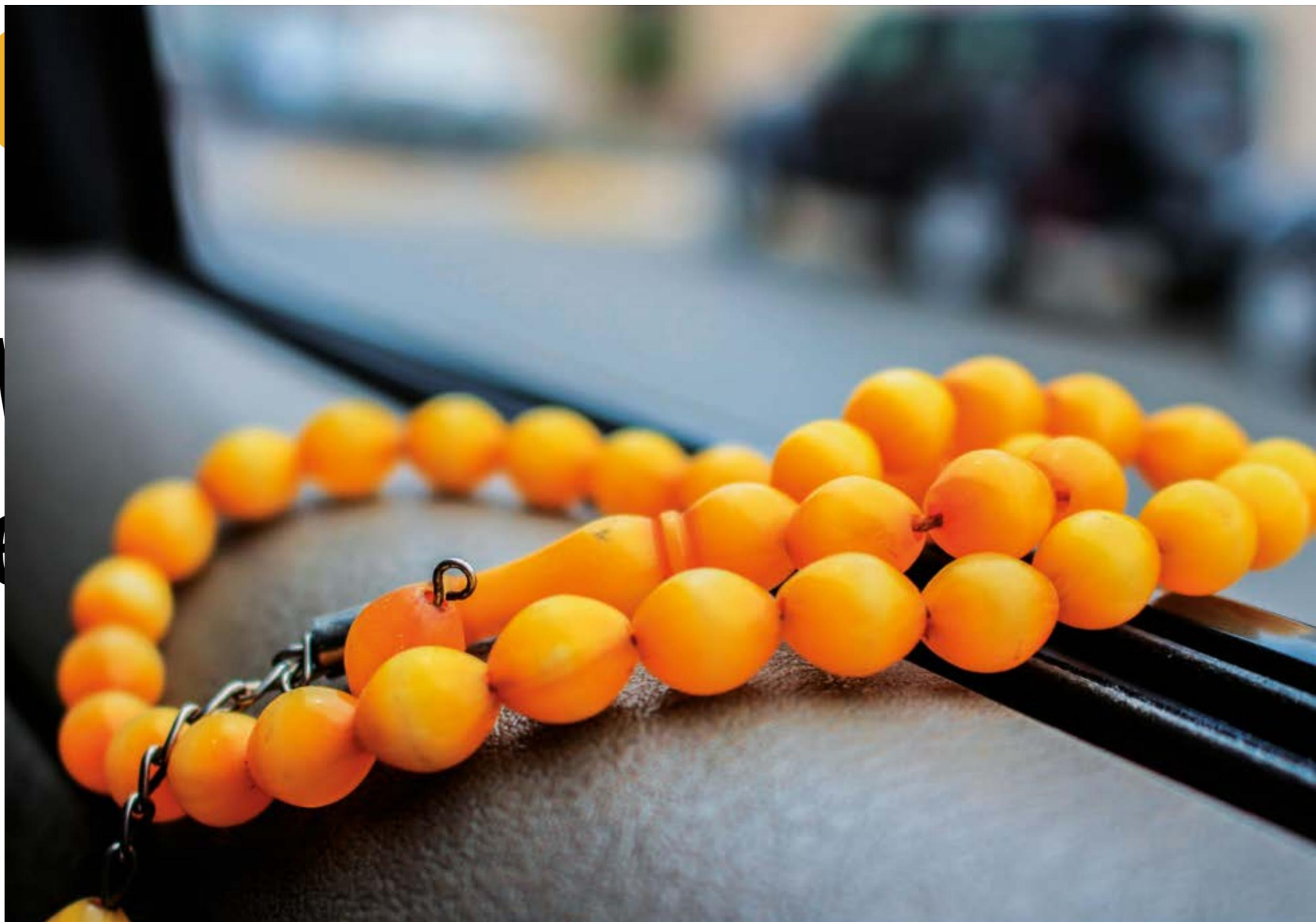
Legitimationsbasis anerkannt worden. Die Doktrin der Schutzverantwortung geht davon aus, dass jedem Staat die Pflicht für den Schutz der eigenen Bevölkerung obliegt. Wenn aber ein Staat dieser Pflicht nicht in ausreichendem Maße nachkommt, sei es, dass er dazu nicht in der Lage ist, oder sei es, dass die herrschenden Machteliten diesen Schutz vorsätzlich unterlassen, geht die Schutzverantwortung subsidiär auf die Staatengemeinschaft über. Diese soll zunächst durch vorbeugende Maßnahmen tätig werden, um die Gefahren für die Bevölkerung des betreffenden Staates abzuwehren. Wenn es aber erforderlich ist, umfasst die subsidiäre Schutzverantwortung der Staatengemeinschaft auch das Recht zur Intervention mit militärischen Mitteln. So, wie es von der Idee einer kollektiven Sicherheitsarchitektur der Staatengemeinschaft ursprünglich gedacht war, sollte die UNO diese in Eigenregie durchführen. Da sich die Mitgliedstaaten jedoch weigern, ihr die dazu erforderlichen Mittel bereitzustellen, kann der Sicherheitsrat der UNO einzelne Staaten oder eine „Koalition der Willigen“ zum Eingreifen ermächtigen. Neben einer solchen von der UNO mandatierten militärischen Intervention gibt es völkerrechtlich eine Intervention auf Einladung, bei der die legitime staatliche Autorität eine Staatengruppe

um Hilfe im Kampf gegen Aufständische bittet. Die Rede vom gerechten Krieg findet im gegenwärtigen Völkerrecht somit keinen Anhaltspunkt mehr. Dennoch wirken in den moralphilosophischen und politikwissenschaftlichen Debatten die Legitimationskriterien weiter, die im Rahmen der Theorie des gerechten Krieges entwickelt wurden. Eine endgültige Überwindung militärischer Gewaltanwendung lässt sich aber nur dadurch erreichen, dass die Staatengemeinschaft eine obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit errichtet, durch deren Anerkennung sich alle Einzelstaaten verpflichten, ihre Konflikte auf friedlichem Wege beizulegen. Dieser letzte Schritt zu einer umfassenden Sicherheitsarchitektur und Friedensordnung erscheint derzeit utopisch. Doch bedarf es in der internationalen Politik auch regulativer Ideen und langfristiger Zielsetzungen, an denen sich politisches Handeln orientieren kann. ■

# TRIL

# Das W Friede

In den nächsten Ausgaben stellen unsere Autorinnen und Autoren die Bedeutung des Wort Friedens in den drei großen Buchreligionen (Talmud, Koran und Bibel) vor. >>





**Samir El-Rajab ist Imam im Islamischen Zentrum Al-Nour,** auch bekannt als Al-Nour Moschee

Imam Samir El-Rajab hat eine intensive islamisch-theologische Ausbildung absolviert. Seine Hochschulreife erlangte er 1992 auf der weltweit bekannten und zur Azhar-Universität angegliederten Azhar-Schule in Beirut. Im Anschluss begann er ein vierjähriges islamwissenschaftliches Studium an der Universität von Beirut. Das Studium schloss er mit einer zweijährigen Magisterarbeit ab. Die Tätigkeit als Imam, insbesondere das Halten der Freitagspredigt, begann er schon im Laufe seines Studiums. Er ist verheiratet und hat drei Kinder.

# FRIEDEN IM ISLAM

**F**rieden ist ein Wunsch, den jeder Mensch, der auf dieser Erde lebt, sich wünscht. Der Frieden schließt Individuen, Gesellschaften und Völker ein. Im Quran wurde das abgeleitete Wort „Frieden“ in mehr als achtzig Versen bei verschiedenen Gelegenheiten erwähnt. Die Bedeutungen beziehen sich auf verschiedene Themen wie Reinheit des Herzens, menschliche Zusammenarbeit, innere Ruhe und innere Sicherheit. Das Wort Frieden wurde im Quran insgesamt 42 Mal erwähnt. Es leitet sich in der arabischen Sprache aus dem Wort „Sa-li-ma“ ab, was Frieden, Friedensgruß, Unversehrtheit, Hingabe und Ergebenheit, Versöhnung und frei von jedem Mangel bedeutet.

## „Die Vielfalt ist eine von Gott gewollte Sache“

Der Frieden „As-Salam“ ist einer der Namen Gottes im Islam. Und Frieden „As-Salam“ ist der Gruß zwischen den Muslimen und Sicherheit für Andere. Im Quran heißt es: „Oh ihr Menschen, wir haben euch von einem männlichen und einem weiblichen Wesen erschaffen, und wir haben euch zu Völkern und Stämmen zusammengeführt, damit ihr einander kennenlernt. Gewiss, der Geehrteste von euch bei Gott ist der Frömmste von euch.“ (49:13)

Die Vielfalt ist eine von Gott gewollte Sache. Ziel ist, dass man sich kennenlernt und voneinander profitiert und sich gegenseitig bereichert.

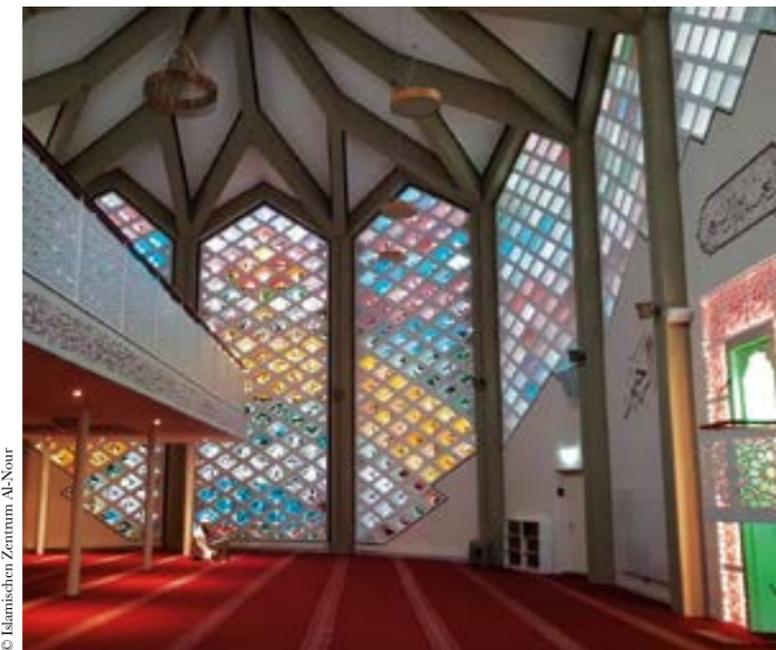
Wir lesen im Quran, dass Jesus – Friede sei mit ihm – über Frieden folgendes sprach: Er (Gott) hat mich gütig meiner Mutter gegenüber gemacht. Und er hat mich weder gewalttätig noch unglücklich gemacht. Und der Friede sei auf mir am Tag, da ich geboren wurde, und am Tag, da ich sterbe, und am Tag da ich wieder zum Leben auferweckt werde.“ (19:32)

Zum Propheten Muhammad – Friede sei mit ihm – heißt es: Und wir haben dich nur als eine Barmherzigkeit für die Weltenbewohner gesandt. (21:107)

Überall dort, wo Frieden herrscht, werden Kriege und Groll unter den Menschen verabscheut. Es gibt Trost, Ruhe, Freiheit, Liebe und Zuneigung unter den Völkern, unabhängig von ihren unterschiedlichen Überzeugungen, Hautfarben und Sprachen. Sie gehören einem Ursprung an. Sie sind Geschwister in der Menschheit. So heißt es im Ausspruch des Propheten Muhammad: „Ihr alle seid von Adam, und Adam ist aus Erde. Es gibt keinen Vorzug für einen Araber vor einem Nicht-Araber, außer durch die Frömmigkeit.“

Darüber hinaus gehört die Einhaltung von Verträgen, die Verhinderung von Aggressionen, die Bevorzugung des Friedens gegenüber dem Krieg, die Schaffung von Gerechtigkeit sowie die Abwendung von Ungerechtigkeit zu den Grundregeln für die Erreichung des Friedens zwischen Völkern und Gesellschaften.

Niemand darf das Recht eines Menschen verletzen, und niemand darf den anderen unterdrücken. Der Islam versucht, die islamische Nation zu stabilisieren, genauso wie er die muslimischen Beziehungen zu anderen Nationen stabilisieren möchte. Wir nehmen den Gesandten als Beispiel für das Erreichen von Frieden und Sicherheit in Medina nach seiner Auswanderung dorthin. Er schloss zuerst einen Vertrag zwischen gläubigen Einwanderern und ansässigen Muslimen, dann zwischen Muslimen und Nichtmuslimen in Medina. Zu dem Inhalt gehörte, dass jeder seine Religion ausüben konnte. Die Muslime haben ihre Religion, so wie Juden und Christen ihre Religion haben. So konnte der Prophet Muhammad den Frieden in der dortigen Gesellschaft aufbauen. ■



© Islamisches Zentrum Al-Nour

### Islamisches Zentrum Al-Nour

Das Islamische Zentrum Al-Nour, auch bekannt als Al-Nour Moschee, wurde 1993 gegründet und ist seit 2019 im Stadtteil Hamburg-Horn zuhause.

Die Al-Nour Moschee grenzt sich zu den meisten anderen islamischen Gemeinden durch die kulturelle Vielfalt seiner Besucher ab. Die Gläubigen, welche die Moschee besuchen, stammen aus über 30 Nationen und bestimmen den weltoffenen Charakter des Zentrums. Neben Arabern aus dem Nahen Osten und Nordafrika zählen ebenso Schwarzafrikaner sowie Asiaten von Afghanistan bis Indonesien und Deutsche zu den regelmäßigen Besuchern. Alle Aktivitäten werden entweder in deutscher Sprache angeboten oder ins Deutsche übersetzt.

Die angesprochene Vielfalt zeigt sich nicht nur in der kulturellen Herkunft, sondern auch in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten, aus denen die Gemeindemitglieder stammen. Außer Studenten und einfachen Arbeitern besuchen ebenso Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure und Kaufmänner die Al-Nour Moschee. Regelmäßig werden Moscheeführungen für Schulen, interessierte Personengruppen, aber auch für Behörden und Studentengruppen der Universität gehalten.

Das Islamische Zentrum ist Mitglied des Zentralrats der Muslime in Deutschland Landesverband Hamburg. Der Vorstandsvorsitzende unserer Gemeinde, Herr Daniel Abdin, ist gleichzeitig der Vorstandsvorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland Landesverband Hamburg.



## Die unbewohnbare Erde

Der aufrüttelndste Klimabericht unserer Zeit

Die heute schon spürbaren und die schlimmstmöglichen Folgen der Klimaerwärmung sind das Thema des Journalisten David Wallace-Wells in diesem spektakulären Report. Wie kann und wird das Leben auf der Erde in nur 40, 50, 60 Jahren aussehen? Sicher ist: Heutige Teenager und Kinder werden noch erleben, wie sich die Bedingungen für die Menschheit auf der Erde dramatisch verschlechtern, sie werden erleben, wie sie in Teilen unbewohnbar wird. Wallace-Wells macht die vielen wissenschaftlichen Erkenntnisse, die die Mehrheit der Menschen oft gar nicht erreichen, begreifbar, ja fühlbar. Und am Ende steht die drängende Frage: Haben wir überhaupt noch eine Chance, das Unheil abzuwenden? Ein polarisierendes, aufrüttelndes und fesselndes Debattenbuch zu einem Thema, das der Menschheit zunehmend unter den Nägeln brennt.

David Wallace-Wells  
2019, 336 Seiten, 18 Euro  
Ludwig Verlag  
ISBN 978-3453281189



## Woran glaubst du?

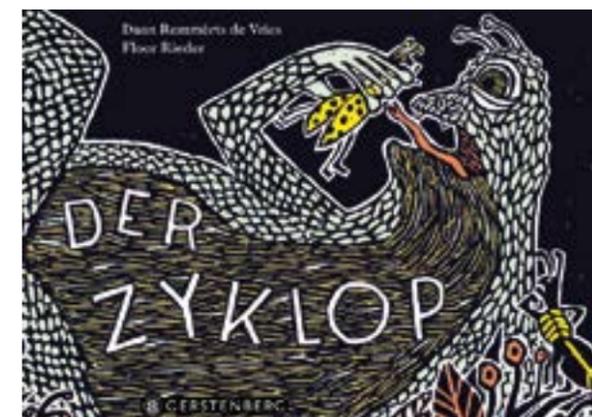
Podcast

Der Politikjournalist und ehemalige Leiter des Meinungsressorts bei der Süddeutschen Zeitung, Heribert Prantl, spricht in einem neuen Podcast mit Prominenten über Visionen und Werte. Unter dem Titel „Woran glaubst Du?“ erscheinen einmal im Monat Beiträge auf der Plattform Audio Now, wie die Mediengruppe RTL am Donnerstag in Köln mitteilte. In der ersten Folge sprechen Kerstin Humberg und Heribert Prantl mit Christian Wulff über die Gesellschaft in Zeiten von Corona, sein Scheitern als Bundespräsident, über das Verhältnis von Medien und Politik sowie über Integration in Deutschland. „Der Islam gehört zu Deutschland“ lautet, der Satz des damaligen Bundespräsidenten, der 2010 Medien, Politik und Gesellschaft spaltete. Bis heute entfaltet dieser Satz seine Wirkung. Christian Wulff macht darauf aufmerksam, wie sehr Deutschland in der Corona-Krise auf Menschen mit Zuwanderungsgeschichte angewiesen ist.



## Papstflix: „Vatvision“ geht auf Sendung Streamingdienst

In Italien ist Vatvision auf Sendung gegangen, ein neuer Streamingdienst nach Netflix-Vorbild. Dessen Angebot richtet sich an ein internationales Publikum mit christlichen Werten. Der Chef der Plattform, Luca Tommassini, rechnet mit potenziell 1,3 Milliarden Zuschauern katholischen Glaubens auf der ganzen Welt. Die Filme lassen sich derzeit durchgehend für 7,99 Euro erwerben oder für 3,99 Euro im Verleih einen Monat lang anschauen. Die bisherigen Beiträge werden fast ausnahmslos auf Italienisch angeboten, auch Produktionen anderer Originalsprachen wie das Drama „Kreuzweg“ (2014) aus Deutschland oder die französische Produktion „La tête haute“. Anderssprachige Untertitel lassen sich nach Auskunft des Unternehmens nur vereinzelt auswählen. Vatvision ist lediglich in EU-Ländern zu sehen. In jedem Fall müssen Registrierung und Bezahlung über Italien erfolgen.



## Der Zyklop

Religiöses Kinderbuch

Das kleine Dorf der Insekten erbebt, als plötzlich ein Zyklop bei ihnen auftaucht. Da er so vieles kaputttrampelt, schließen sie daraus, dass er mit seinem Auge nicht gut sieht und eine Brille braucht. Gesagt, getan! Doch auch der Zyklop mit der Brille geht seinem Zerstörungswerk nach. Die kleinen Dorfbewohner haben alles gegeben, um dem Fremden zu helfen, und statt Dank ernten sie Spott und ein Desaster. Doch ohne Ärger und Rachsucht nehmen sie ihr Schicksal an, bedauern den Undankbaren und machen sich erneut an den Aufbau ihres Dorfes. Eine seltsame Wendung, die man als Dummheit interpretieren kann oder aber als weisen Gleichmut und als Resilienz. Der Text hält sich mit einer Deutung zwar zurück, doch geht aus den Dialogen der Figuren und ihren humorvollen Porträts hervor, welche Kraft in ihrer Haltung steckt. Bemerkenswert ist auch die bildliche Inszenierung der Geschichte. Die Illustration ähnelt Holzschnitten. Die Schwarz-Weiß-Kontraste lassen sich in der Kleinteiligkeit des Abgebildeten nicht leicht entziffern und nähern den Prozess der Betrachtung der Sehschwäche des Zyklopen an. Es ist viel Aufmerksamkeit nötig, um die Details zu erkennen, doch werden sich die Betrachter durch den liebevollen Humor der Szenarien belohnt fühlen. So werden die Bilder und die „Moral“ der Geschichte Anlass zu tiefgründigen Unterhaltungen über die Interpretation dieser Fabel bieten.

Autor: Daan Remmerts de Vries,  
Illustrationen: Floor Rider,  
Übersetzung aus dem Niederländischen:  
Rolf Erdorf  
Gerstenberg (2020)  
Borromäus-Altersempfehlung: ab 6  
Buch: 56 Seiten, 15,00 Euro  
ISBN 978-3-8369-5698-7

## Gott geht unter die Haut

Glauben aus Leidenschaft

Er liebt Johnny Cash, ist begeisterter Biker und über und über tätowiert: Rainer Fuchs fällt auf. Im legendären Münchner Arbeiterviertel Giesing ist er eine lokale Berühmtheit. Nicht nur wegen seines Aussehens, sondern vor allem auch wegen seines Auftretens. Fuchs ist evangelischer Diakon und der Glaube seine große Leidenschaft. Er besucht Häftlinge in Gefängnissen, hilft Alleinerziehenden, spricht mit Jugendlichen an sozialen Brennpunkten. Fuchs steckte selbst tief in der Krise, fand zum Glauben und kennt deshalb alle Seiten des Lebens. Seine Gottesdienste begeistern und selbst junge Leute kommen. In seiner Gemeinde finden Menschen das, wonach sich heute so viele sehnen: Heimat. Und Rainer Fuchs zeigt buchstäblich mit Leib und Seele: Egal zu welcher Konfession man gehört, egal wo man lebt – Gott geht uns nicht nur an, sondern auch unter die Haut.

Rainer Fuchs  
Verlag Herder  
Veröffentlicht: 2020  
Buch: 224 Seiten, Hardcover, 20 Euro  
ISBN: 978-3-451-38744-9

## Eines der 25 schönsten Bücher des Jahres 2020

### Aus der „Wunderkammer der deutschen Sprache“

Von Christoph Arens (KNA)

**M**anche Bücher kann man nicht von vorn bis hinten durchlesen. Man muss blättern und stöbern. Solch ein Werk ist „Die Wunderkammer der Deutschen Sprache“. Jetzt wurde es als eines der schönsten deutschen Bücher geehrt.

„Wunderkammern“ sind Vorläufer der heutigen Museen. Aufgekommen seit dem 14. Jahrhundert, erlebten sie ihre Blüte durch die Entdeckungsfahrten der Portugiesen, Spanier, Engländer und Niederländer. Gesammelt und zur Schau gestellt wurden Edelsteine, Gesteinsproben, Tierpräparate oder Karten – ein Sammelsurium, das zum Staunen und Betrachten fremder Welten einlud. Eine solches Sammelsurium hat auch der Verlag „Das kulturelle Gedächtnis“ zusammengestellt: Das Buch „Die Wunderkammer der Deutschen Sprache“ ist gefüllt mit Wortschönheiten, Kuriositäten, Alltagspoesie und Episoden der Sprachgeschichte.

Am Anfang des 300 Seiten starken Wimmelbuchs steht ein Lob der deutschen Sprache, die immer davon profitiert habe, dass Deutschland mitten in Europa liegt und von allen Seiten alles in seinen Sprachschatz aufnimmt, was diesen in irgendeiner Weise bereicherte – und damit die Grenzen des Sagbaren erweiterte. „Kann die deutsche Sprache schnauben, schnarren, poltern, donnern, krachen, kann sie doch auch spielen, scherzen, lieben, kosen, tändeln, lachen“, zitieren die Autoren den schlesischen Dichter des Barocks, Friedrich von Logau (1605-1655).

Das von 2xGoldstein & Fronczek typografisch aufwendig gestaltete Buch lädt zum Stöbern und Blättern ein. Ein Schatzkästlein der Sprachgeschichte, das Aufsätze, Aufzählungen, Tabellen, Wörterlisten, Diagramme und Rubriken enthält. Etwa eine Liste der Liebesbekundungen aus Goethes Wortschatz - von liebäugeln über Liebesglut bis Liebesnot. Oder eine spielerische Liste



der Tiere, die gar keine sind: der Angsthase beispielsweise, der Drahtesel, der Bücherwurm und der Immobilienhai. Die „Wunderkammer“ bietet reichlich Gesprächsstoff für lange Sommerabende, darunter ein Verzeichnis der letzten Worte bedeutender Persönlichkeiten: „Da habe ich ein Leben lang Angst vor dem Sterben gehabt, und jetzt das“, mit diesen Worten soll der Komiker Karl Valentin 1948 sein Leben ausgehaucht haben. „Herr Jesu, mach es kurz“, soll die preußische Königin Luise 1810 gefleht haben.

Wer will, kann dem Klang unüblich gewordener und altertümlicher Worte nachträumen: Von Brosamen und Bücklingen ist die Rede; die Hebamme hieß früher Wehfrau und der Schwiegersohn Eidam. Möglich, dass man diesen Wörtern in den Märchen der Gebrüder Grimm schon mal begegnet ist. Auf die Grimms kommt die „Wunderkammer“ mehrfach zurück, etwa mit einem Überblick der „letzten Sätze“ aus ihren Märchen. Da gibt es nämlich nicht nur das „Und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie noch heute“, sondern auch: „Ich wollte, du und ich, wir wären auch dabei gewesen“ aus „König Drosselbart“ oder „Wers nicht glaubt, bezahlt einen Taler“ aus „Vom klugen Schneiderlein“.

Wer weiterblättert, findet die Lieblingsworte von Prominenten oder Worte aus der Welt der Sondersprachen: aus dem Rotwelsch der Gauner, Pferdehändler und wandernden Gesellen, aus dem „Luden-ABC“ von Sankt Pauli oder typische Wörter aus dem Sprachgebrauch von Studenten und Soldaten.

Luther darf – als „einer der genialsten Wortschöpfer“ – natürlich nicht fehlen. Seine Übersetzung des „Vaterunser“ findet sich neben einer althochdeutschen, einer mittelhochdeutschen und einer katholischen Fassung aus dem 19. Jahrhundert. Aber auch eine Cloud mit seinen Wortschöpfungen lässt sich beim Stöbern entdecken: Von Machtwort über Bluthund und von Lästernmaul bis Lückenbüßer reicht die Begriffswolke. Direkt daneben findet sich eine Liste der „500 längsten einzigartigen Substantive“ aus dem Werk von Theodor Fontane: Die Wortschöpfungen reichen von „Hagelversicherungssekretär“ über „Kammermädchengeschwätz“ bis zu „Kaffeekekuchenpyramide“. ■



© Ulrich Schäffer

Menschen der GKS

## Fragen an Ulrich Schäffer, Bereichsvorsitzender GKS West

Aktiver Soldat der Bundeswehr, derzeit im Luftwaffentruppenkommando in Köln-Wahn stationiert, Dienstgrad Oberstleutnant, seit 2012 Mitglied in der GKS

### Welche berühmte Persönlichkeit möchten Sie gerne mal treffen?

Ich würde gerne mit dem amtierenden sowie dem emeritierten Papst zusammentreffen. Als ehemaliger Ministrant und jemand, der im katholischen Glauben erzogen wurde und dessen beide Töchter auch Ministranten sind, wäre mir das eine Herzensangelegenheit. Ich kann mich sehr gut an 1985 erinnern, als ich auf Abschlussfahrt mit der Schulklasse in Rom die Gelegenheit erhielt, an einer offiziellen Audienz auf dem Petersplatz durch den verstorbenen Heiligen Vater, Johannes Paul II., seine Hand auf meinen Kopf gelegt zu bekommen. Auch eine weitere offizielle Audienz im Vatikan bei seiner emeritierten Heiligkeit, Papst Benedikt XVI., war für mich als Reiseleiter einer Gruppe der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) sehr ergreifend.

### Für welche Dinge in Ihrem Leben sind Sie dankbar?

Vor allem für die Gesundheit, kleine Wehwechen mal ausgenommen. Es gibt viele Menschen in meinem Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis, denen geht es gesundheitlich nicht besonders gut derzeit. Mein Mitgefühl und meine Gebete sollen diesen Menschen Kraft und Hoffnung geben. Zudem bin ich dankbar, dass meine Kinder ebenfalls gesund sind und ihren Weg ins Leben machen.

### Sie dürften eine Sache auf der Welt verändern. Welche wäre das?

Ich würde dafür sorgen, dass niemand Hunger und Durst leiden muss, denn das sind die Ursachen für kriegerische Auseinandersetzungen, Massenflucht und einem Ungleichgewicht auf der Welt. Gleiche Chancen für alle und eine gerechte Entlohnung der

Arbeit sowie freien Zugang zu Nahrungsmitteln und frischem Wasser könnte so manches Leid ersparen.

### Auf welche Frage hatten Sie in letzter Zeit keine Antwort?

Wieso es immer so viele Katastrophen auf der Welt gibt, zumeist dort, wo eh schon Armut herrscht. Die Frage nach Gott und warum er solches Leid und Elend „zulässt“, lässt sich nicht ganz auflösen, gerade für Zweifler in unserer Kirche.

### Auf was können Sie im Leben nicht verzichten?

Auf meine Familie, denn sie gibt mir Halt, unterstützt mich auch in schweren Zeiten und steht immer zu mir und füreinander ein.

### Wofür oder für wen würden Sie nachts aufstehen?

Für meine Lieben daheim und jeden/jede Freund/Freundin, der/die Hilfe braucht.

### Wenn Sie sich ein Land aussuchen könnten, in welchem würden Sie gerne leben?

Neben meinem Heimatland Deutschland würde ich gerne im Mittelmeerraum leben. Dort ist es schön warm, die Menschen sind herzlich und es ist nicht so weit entfernt von der Heimat.

### Warum üben Sie heute den Beruf aus, in dem Sie arbeiten?

Ich wusste erst recht spät, welcher Beruf mich interessieren würde. Als Pilotenanwärter gab es 1986 nur drei Möglichkeiten der Ausbildung: die Bundeswehr, die Lufthansa und eine private Flugschule. Auch wenn >>

ich vielleicht als Schüler nicht viel mit dem Beruf des Soldaten verbinden konnte, lernte ich schnell, dass es auch in den Streitkräften neben meinem Traumberuf „Pilot“, den ich aus Nachfragegründen letztlich nicht erlernen konnte, auch viele andere interessante Tätigkeiten gibt. Es war mir jedoch stets eine Ehre, dem Frieden und der Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu dienen und die Demokratie zu schützen.

#### Wenn Sie drei Wünsche frei hätten, welche wären das?

1. Zunächst würde ich mir wünschen, dass alle Menschen friedlich und in gleichen Lebensbedingungen miteinander leben und Kriege und andere Feindseligkeiten der Vergangenheit angehören.
2. Eine gerechtere Entlohnung der hart arbeitenden Menschen, sodass diese während ihres Arbeitslebens, aber vor allem auch danach im Ruhestand gut davon leben können und nicht auf Almosen, Flaschenpfand o. Ä. angewiesen sind.
3. Gegenseitigen Respekt der verschiedenen und unterschiedlichen Völker, Kulturen und Religionen in der Heimat und weltweit.

#### An was glauben Sie?

Ich glaube an den einen Gott und an die Auferstehung und somit an das Wiedersehen mit verstorbenen und geliebten Menschen – wo auch immer das dann sein mag. Der Glaube an Gott wird leider oft auf die Probe gestellt, wenn Dinge im Leben passieren, die rational nicht logisch erscheinen und Zweifel an der „Gerechtigkeit“ Gottes aufkommen lassen. Aber es hilft mir schon, darauf zu vertrauen, dass alles eine gute Wendung nehmen wird. Dabei können Personen im direkten oder indirekten Umfeld einen sehr großen Anteil haben, indem sie einen bestärken, einen eingeschlagenen Weg nicht zu verlassen und Gott dabei weiter treu zu sein. So manches Gebet hat letztlich wahre „Wunder“ bewirkt.

#### Wo haben Sie Ihren letzten Urlaub verbracht?

Ich bin ein absoluter Fan der spanischen Insel Mallorca und von der Provinz Zeeland (Niederlande). Ob es in Corona-Zeiten wieder möglich ist, in Kürze dorthin zu reisen, steht in den Sternen. Aber auch die deutsche Heimat bietet wunderschöne Regionen und Städte, die es wert sind, besucht zu werden.

#### Was darf in Ihrem Urlaubskoffer niemals fehlen?

Mein Buchkalender und mein Mobiltelefon, um keine Geburtstage zu verpassen und den Kontakt zur Familie sowie zu Freunden, Verwandten und Bekannten immer aufrechtzuerhalten. Zudem ein Reiseführer, der mich zu den ungewöhnlichsten Orten eines Landes bringt, z.B. alte Klöster und heilige Orte. ■



© Ulrich Schäfer

„Ich wünsche mir für die GKS eine starke Gemeinschaft (Communio), die nicht nur durch den Beruf, sondern auch durch den Glauben geeint sind. Mögen bald wieder Begegnungen möglich werden, um so auch diese Gemeinschaft real leben zu können. Die GKS verstehe ich als notwendiges Bindeglied zwischen (aktiven) Soldatinnen und Soldaten und der katholischen Militärseelsorge.“

# VORSCHAU

HEFT 307  
kommt im  
November 2020



Foto: Unsplash

Im nächsten Heft:

## „Frieden & Wandel“

#### IN DER NÄCHSTEN AUSGABE:

**DIE TRILOGIE:** (305 bis 307)  
Der christliche Friedensbegriff

#### MEDELLÍN:

Von der gefährlichsten zur innovativsten Stadt der Welt?

#### DIE NATO IM WANDEL:

Alle gegen China?

Themenvorschläge zum Titelthema der nächsten Ausgabe nimmt die Redaktion des AUFTRAG gern bis zum **30. September 2020** entgegen.

## IMPRESSUM

**AUFTRAG** ist die Verbandszeitschrift der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS). Sie erscheint dreimal im Jahr.

**HERAUSGEBER:**  
GKS, Am Weidendamm 2, 10117 Berlin  
www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de

**REDAKTION:**  
Verantwortliche Redakteurin:  
Nadin Schley v. i. S. d. P.

**TITELFOTO:**  
Adrianna Van Groningen/Unsplash

**ZUSCHRIFTEN:**  
Redaktion AUFTRAG  
Am Weidendamm 2  
10117 Berlin  
E-Mail: redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe.

**ÜBERWEISUNGEN UND SPENDEN:**  
GKS e. V. Berlin, Pax Bank eG Köln  
IBAN: DE21 3706 0193 1017 4950 18  
BIC: GENODED1PAX

**LAYOUT:**  
Editorial Publishing Berlin e. K.  
Eberhard-Roters-Platz 14  
10965 Berlin

**DRUCK:**  
DBM Druckhaus Berlin-Mitte GmbH  
Wilhelm-Kabus-Str. 21-35  
10829 Berlin

**REDAKTIONSSCHLUSS:**  
15. Juni 2020